

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 24.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zimmer 4423.

Düsseldorf, 15. Juni 1912.

Redakteur: A. Seutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Die päpstliche Kundgebung und die christlichen Gewerkschaften.

Bekanntmachung.

Zu Bezug auf den neuerdings infolge einer päpstlichen Kundgebung neuentschiedenen Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager sehen sich Zentralvorstand und Berufungs-Kommission (Ausschuß) unseres Verbandes zu folgender

Erklärung

veranlaßt:

Namens der Mitgliedschaft unseres Verbandes schließen sich Vorstand und Ausschuß einmütig der jüngst erfolgten Veröffentlichung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, namentlich dem Protest gegen den jahrelang fortgesetzten systematischen Verleumdungsfeldzug von Vertretern und Freunden der Berliner Fachabteilungsbewegung gegen die christlichen Gewerkschaften, an.

Außerdem sei mit Nachdruck hervorgehoben, daß über jede prinzipielle Aenderung des Charakters unseres Verbandes laut Statut allein die Generalversammlung zu entscheiden hat. Zu einer derartigen grundsätzlichen Aenderung liegt jedoch nicht der geringste Anlaß vor. Insbesondere sind wir fest entschlossen, an dem interkonfessionellen und nichtpartei politischen Charakter des Verbandes festzuhalten. Andererseits werden wir selbstverständlich auch fernerhin bestrebt sein, alles zu vermeiden, was die religiös-sittliche Ueberzeugung unserer katholischen oder evangelischen Mitglieder verletzen könnte.

Düsseldorf, den 9. Juni 1912.

Vorstand und Ausschuß
des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter
Deutschlands.

Nun haben die seit Jahren mit großer Ausdauer betriebenen Verdächtigungs- und Verleumdungsversuche der „Berliner“ endlich einen größeren „Erfolg“ zu verzeichnen. Der Papst in Rom hat die „Berliner“ Bewegung in aller Form belobigt und gutgeheißen, sich dagegen in nicht mißzuverstehender Weise gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Förderer ausgesprochen. Die „Berliner“ haben die päpstliche Belobigung auf jenem dunklen und schlüpfrigen Wege erreicht, der weit abseits von der breiten und geraden Straße der Wahrheit und Klarheit führt: auf dem Wege der zielbewußten, jahrelangen systematischen Verdrehung und Verleumdung. Diejenigen Leute, die sich als die Träger der vollen Reinheit des katholischen Gedankens, als die Verkünder der reinen katholischen Wahrheit immer wieder selbst andrücken, haben geglaubt, es mit ihrem Standpunkte vereinbaren zu können, die höchste Stelle der katholischen Kirche in ganz unehrlicher Weise in die Irre zu führen. So haben sie ihren „Erfolg“ erzielt, aber einen überaus traurigen Erfolg, dessen sie sicher niemals froh werden.

Pfingsten hatte der Verband der katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ seinen Verbandstag. Da verlas der bekannte Pfarrer Beyer eine angebliche Antwort des Papstes, die dieser dem Pfarrer Beyer bei Ueberreichung einer Huldigungsadresse des „Berliner“ Verbandes gegeben haben soll. Von dieser Huldigungsadresse sagt die Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands noch niemals schmähtlicher hintergangen und getäuscht worden sei, als in dieser „Huldigungsadresse“. Sie sei die

Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges des „Berliner“ Verbandes gegen die christlichen Gewerkschaften. Die Huldigungsadresse ist in der vorigen Nummer dieser Zeitung ihrem wesentlichsten Inhalte nach wiedergegeben worden. Die Antwort des Papstes fiel angeblich so aus:

„Ich kenne Euer Grundsätze und Euer Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen Eurer Organisation und anderen. Euch lobe ich, Euch billige ich und Euch erkenne ich an (vos approbo) und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle Euer Grundsätze sich zu eigen machen mögen. Die anderen billige ich nicht (reprobo), ich verdamme sie nicht, denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen, jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen (approbare non possum).

Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so, daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt (compenset), so müssen sich daraus traurige Folgen (funestae) ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, z. B. von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von anderen auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden und so wird man bald zum Konfessionalismus, d. h. zur Leugnung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen.

Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied von der Organisation trennen, so, daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterstehen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber die Organisation als solche, das ist ganz unrichtig, unhaltbar und undenkbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten.

Sage Deinen Freunden und den lieben Arbeitern: Der Heilige Vater billigt ihre Bestrebungen in allem und stimmt mit Euch überein und fühlt mit Euch und wünscht lebhaft (vehementer), daß alle anderen Arbeiterorganisationen mit Euch übereinstimmen sollen (conveniant). Ich will, daß du allen Präsidien und Mitgliedern jagest: der Papst erteile ihnen aus ganzem Herzen seinen Segen und bitte sie, daß sie auf dieselbe Weise, wie bisher fortfahren mögen, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistliche Wohl der Arbeiter zu wirken.“

Es ist zweifelhaft, ob die Antwort des Papstes in dieser Veröffentlichung in allen Teilen richtig wiedergegeben ist. Was Pfarrer Beyer als die Antwort des Papstes bezeichnet, ist nicht ein Schriftstück desselben, sondern lediglich die Erzählung eines Audienzteilnehmers. Ungetreue und ungenaue Wiedergabe der päpstlichen Worte ist also durchaus nicht ausgeschlossen, fernermalen die „Berliner“ Leute wiederholt eine wahre Virtuosität in der Wiedergabe der Worte hoher Männer und in der Uebersetzung vom Lateinischen ins Deutsche an den Tag gelegt haben. Es bleibt also abzuwarten, ob nicht von Rom aus eine Dementierung der Beyer'schen Erzählung erfolgt.

Auf dem bereits genannten Verbandstage der „Berliner“ wurde u. a. auch ein Huldigungsstelegramm an den Papst geschickt. Am gleichen Tage abends erhielten die „Berliner“ folgende Antwort:

„Der Heilige Vater hat mit großer Herzensfreude das Bekenntnis kindlicher Unterwerfung und vollkommenen Gehorsams entgegengenommen, das ihm von den Präsidien und Mitgliedern des katholischen Arbeiterverbandes dargebracht worden ist, die in Berlin zu ihrem Delegiertentag zusammengekommen sind. Er beglückwünscht diesen Verband auf das lebhafteste (vehementer); denn er ordnet ja seine Tätigkeit, auch diejenige, welche sich auf das vergängliche und irdische Leben erstreckt, nach den Gesetzen der christlichen Weisheit und auf das letzte übernatürliche Ziel hin, und, indem er unter katholischer Flagge offen kämpft, verdient er die weiteste Billigung und Empfehlung. Die Bestimmungen der erwähnten Präsidien und Mitglieder bestärkt er darin, daß sie zum Schutze des Wohles der Lohnarbeiter und zur Pflege des Friedens unter

den Berufsständen der menschlichen Gesellschaft mit aller Macht unter Führung der berufenen Hirten sich zu bestreben fortfahren. Als Unterpfand der göttlichen Gunst erteilt er liebevoll den Apostolischen Segen.

Kardinal Merry del Val.“

Bekanntlich tagte ebenfalls an den Pfingsttagen in Frankfurt a. Main der erste Kongreß des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. Dieser Kartellverband und seine Arbeitervereine stehen als treue Förderer und Freunde zu den christlichen Gewerkschaften. Auch von dieser Tagung aus ging ein Huldigungsstelegramm an den Papst. Drei Tage nachher kam folgende Antwort:

„Der Heilige Vater dankt hierdurch für die Gefühle des Gehorsams und der Ergebenheit, welche die in Frankfurt a. Main versammelten Vertreter der katholischen Arbeitervereine ihm zum Ausdruck gebracht haben. Er ermahnt sie lebhaft, nicht nur im Privatleben, sondern auch in öffentlicher Tätigkeit den sozialen Lehren und Weisungen des Heiligen Stuhls treulich zu folgen, besonders jenen, welche in der Encyclica rerum novarum niedergelegt sind. Er zweifelt nicht daran, daß sie irgendwelche Meinungen und Handlungen vermeiden werden, welche mit den Vorschriften der Kirche nicht in Einklang stehen. Als Unterpfand des himmlischen Schutzes erteilt er Ihnen den Apostolischen Segen.“ gez.: Merry del Val.“

Man vergleiche den Unterschied in der Sprache und dem Inhalt zwischen dem ersten und dem letzten Telegramm. Dort „große Herzensfreude“, „lebhafteste Beglückwünschung“, „Belobigung und Ermunterung“, hier ernste Mahnung und Belehrung.

Nun geht die Sache ja in erster Linie die katholischen Arbeitervereine an. Sie müssen sich Rechenschaft darüber geben, ob ihre Tätigkeit mit den Vorschriften der katholischen Kirche in Einklang steht und ob sie eine „lebhafteste Ermahnung“ notwendig haben. Aber darüber hinaus sind doch auch die christlichen Gewerkschaften an den Dingen sehr stark beteiligt. Wenn sie auch weder in der Antwort an Pfarrer Beyer, noch in der Telegrammen genannt sind, so unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß sie unter „den anderen Organisationen“ verstanden sein sollen. Es unterliegt ferner für uns keinem Zweifel mehr, daß die Kurie in Rom für die „Berliner“ und gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung eingenommen ist, sei es nun auf Grund falscher Informationen über Charakter und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, oder sei es aus konsequenter Anhänglichkeit für ein System, das wir grundsätzlich verwerfen und das obendrein für Deutschland praktisch total unbrauchbar ist. Darum können auch die christlichen Gewerkschaften an einer Stellungnahme nicht vorbeikommen.

Wir bedauern die Kundgebung der römischen Kurie tief, weil sie nichts Gutes stiften, sondern in jeder Beziehung nur Unheil anrichten kann. Sie fördert die Sache des Christentums in Deutschland nicht, sie fördert aber auch nicht die Sache der „Berliner“, der sie dienen soll. Sie kann unmöglich jenen Männern Freude bereiten, an deren echt kirchlicher Gesinnung ein Zweifel gar nicht möglich ist und die ein apostolisches Werk in der eifrigen Förderung der christlichen Gewerkschaften erblickt haben. Und hinter diesen Männern, hinter all den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften haben Tausende von selbstlosen katholischen Priestern gestanden, stand der deutsche Episkopat in seiner Mehrheit und ermunterte sie immer wieder zu neuem Eifer. Wem mit der Kundgebung am meisten gedient ist, geht hervor aus dem geradezu überschäumenden Jubel, womit die ganze sozialdemokratische und ein Teil der religionslosen bürgerlichen Presse die Dinge aufgenommen hat.

So hat die Kundgebung heute bereits großen Schaden angerichtet.

Aber andererseits verkennen wir doch auch nicht, daß es gut ist, Klarheit zu haben. Die Situation in den letzten Jahren war ja eher alles andere als erfreulich. Wir erinnern nur an die häufigen Sensationen, die von den den christlichen Gewerkschaften feindlichen Blättern über „Rom und M.-Glabbach“ oder „Berlin und Köln“ gebracht werden konnten. Nun können ja die christlichen Gewerkschaften die Intriguen ihrer Gegner nicht verhindern, sie werden immer die Zielscheibe der Angriffe gewisser Leute sein, und es geht auch nicht, daß sie sich von den Strömungen im öffentlichen Leben gänzlich isolieren. Aber all die Dinge bereiten doch deshalb ein gewisses Unbehagen, weil man hier und da meinte, Rom ließe es an Klarheit fehlen. Das auf weiten Kreisen lastende Gefühl der Ungewißheit und Unklarheit hat doch manche für uns sonst tätige Kräfte brach liegen lassen. Manche meinten, man wüßte nicht, woran man sei, so beruhigend und vertrauens-erweckend auch die klaren und entschiedenen Worte dieses oder jenes deutschen Bischofs wirken mochten. Da, meinen wir, ist unbedingte Klarheit das Beste. Mit einer Tatsache, und sei sie noch so unangenehm, kann man rechnen, jede Ungewißheit aber bringt Unsicherheit und Verwirrung. Darum, sagen wir, ist es gut, daß wir Klarheit haben, und es liegt nicht im Interesse unserer Sache, wenn diese Klarheit in dieser oder jener Beziehung wieder verdunkelt werden sollte.

Jetzt ist es den christlichen Gewerkschaften auch möglich gemacht, ihren Standpunkt klar und unzweideutig darzulegen. Sie sind dazu verpflichtet. Unsere katholischen Mitglieder müssen wissen, woran sie sind. Sonst wird ihre Arbeitslust gelähmt. Unsere evangelischen Mitglieder müssen wissen, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung einen durchaus festen Boden unter den Füßen hat. Sie müssen unerschütterliches Vertrauen zu den von ihnen gewählten Führern haben können. Treue um Treue. Die christlichen Gewerkschaften können und müssen jetzt Stellung nehmen, wenn sie nicht in weiten Kreisen des deutschen Volkes an Ansehen ganz erheblich einbüßen, wenn sie sich nicht bei der Versicherung ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Lächerlichkeit preisgeben wollen. Aus Gründen der Selbsterhaltung und Selbstachtung müssen sie Stellung nehmen. Sie müssen zu erkennen geben, daß ihnen ihr Selbstbestimmungsrecht innerhalb der Gewerkschaft, daß ihnen ferner das Zusammenarbeiten von Protestanten und Katholiken auf dem gemeinsamen Boden der interkonfessionellen Gewerkschaften ein hohes Gut ist, das sie entschieden verteidigen. In der Erklärung des Gesamtverbandes, die wir in der vorigen Nummer zum Abdruck brachten, und in der oben abgedruckten Erklärung unserer beiden höchsten Verbandsinstanzen ist das bereits gesehen.

In der Antwort des Papstes an Pfarrer Beyer — vorausgesetzt, daß Beyer sie richtig wiedergab — ist die Rede von Organisationen, die die Religion von den wirtschaftlichen Bestrebungen ausschließen wollen. Für die christlichen Gewerkschaften trifft das nicht zu. Sie haben nirgendwo und niemals den Grundsatz aufgestellt, daß die Religion von den wirtschaftlichen Bestrebungen auszuschließen sei. Sie hätten sonst gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht gegründet zu werden brauchen. Die christlichen Gewerkschaften sind gerade deshalb gegründet worden, um dem religiös gesinnten Arbeiter die Möglichkeit zu bieten, auf dem Boden und innerhalb des Rahmens seiner religiösen Weltanschauung seine wirtschaftlichen Bestrebungen zu verfolgen. Bei den christlichen Gewerkschaften hat der katholische Arbeiter die Garantie, daß die wirtschaftlichen Bestrebungen der Organisation nicht von der Religion losgerissen werden, daß dieselben vielmehr erfolgen unter strenger Wahrung der Gesetze und Anschauungen, die dem Arbeiter seine Religion gibt.

Auch der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaften kann nicht zum Konfessionalismus, d. h. zur Leugnung aller Religion, führen. Die christlichen Gewerkschaften kennen keinen Interkonfessionalismus der Religion, sie kennen nur eine interkonfessionelle Zusammenfassung ihrer Mitgliedschaft. Die christliche Gewerkschaft will nichts tun, was gegen die religiöse Ansicht des katholischen oder evangelischen Arbeiters wäre. Auch innerhalb der Gewerkschaft ist der Arbeiter nicht von seiner Konfession losgerissen. Sowohl die katholische als auch die evangelische Arbeiter können und sollen sich bei den wirtschaftlichen Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften als Katholiken, bzw. als Protestanten fühlen und danach handeln.

Aber das schließt doch nach unserer Auffassung nicht aus, daß nun beide auf dem breiten Boden der christlichen Weltanschauung zusammenarbeiten können zur Verbesserung ihrer materiellen Lebenshaltung, ohne dabei mit ihrer Konfession in Konflikt zu kommen. Der Arbeitsvertrag ist nach unserer Auffassung ein Gebiet, das sowohl grundsätzlich wie praktisch Organisationen von Angehörigen beider christlichen Konfessionen zuläßt. Eine solche Organisation mit rein weltlichen Zwecken braucht sich u. E. nicht direkt der Kirche zu unterstellen. Darum sagen wir:

Der interkonfessionelle Charakter ist den christlichen Gewerkschaften ein kostbares Gut, das sie nicht preisgeben können. Ein ebenso kostbares Gut ist ihnen ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, die sie immerdar zu wahren und zu verteidigen wissen werden. Auf dem Boden der Interkonfessionalität ihrer Mitgliedschaft und ihrer völligen Selbstständigkeit haben sie nun bald 15 Jahre mit großem Erfolge gearbeitet. Geistliche und weltliche Obrigkeiten haben ihre verdienstvolle Arbeit wiederholt anerkannt und belobigt. Darum haben die christlichen Gewerkschaften keine Veranlassung, von diesem bewährten Boden abzuweichen.

Wir nennen uns ausdrücklich christliche Organisationen, wir bieten die volle Gewähr dafür, daß die religiösen und sittlichen Anschauungen unserer Mitglieder bei unserer praktischen Gewerkschaftsarbeit gewahrt werden. Sonst würden nicht Tausende von Geistlichen beider Konfessionen, sonst würden nicht katholische Bischöfe so warm für die christlichen Gewerkschaften eingetreten sein. Wir sind uns ferner der Notwendigkeit einer religiösen Erziehung und Festigung der Arbeiter wohl bewußt und haben infolgedessen stets unsere Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Arbeitervereine aufgefordert. Wo ist die wirtschaftliche Berufsorganisation eines anderen Standes, die gleiches tut? In Deutschland gibt es Tausende von wirtschaftlichen Zweckverbänden aller Stände und Berufe, in denen mit den Angehörigen verschiedener Religionen und Konfessionen die Katholiken ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen vertreten. Sie alle, die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen der Bauern, Handwerker, des Handels, der öffentlichen und privaten Beamten, der Techniker und Industriellen usw. sind zu großen Wirtschaftsverbänden zusammengeschlossen, die alle Gebiete des Reichs umfassen. Sie haben zu Mitgliedern heute schon zumeist die Mehrzahl der Angehörigen des betreffenden Standes und bemühen sich, alle Standesangehörigen ohne Unterschied der Konfessionen sich anzugliedern. Daneben bestehen eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer, durch Staats- oder Reichsgesetz errichteter Zwangsorganisationen, in denen ebenfalls die Angehörigen aller Konfessionen wirtschaftliche Interessen beraten und vertreten. Wir nennen die Handelskammern, Handwerkskammern, Zwangsinnungen usw. Solche Organisationen kann das heutige Wirtschaftsleben unmöglich entbehren.

Bei allen diesen privatrechtlichen wie öffentlich-rechtlichen Organisationen handelt es sich zu einem beträchtlichen Teil eben so um wirtschaftliche Bestrebungen, wie bei den christlichen Gewerkschaften. Im besonderen ist das der Fall bei den Arbeiterorganisationen gegenüber stehenden Arbeitgeber- und Unternehmerorganisationen. Keiner von all den genannten wirtschaftlichen Zweckverbänden ist konfessionell. Keiner hat als Organisation seine Tätigkeit unter die Leitung der kirchlichen Behörden gestellt. Keinem stehen religiös-kirchliche Vereine in solch enger Verbindung mit den kirchlichen Behörden zu Seite, die bestimmt sind, die Mitglieder der wirtschaftlichen Zweckorganisationen in den Grundrissen religiösen und sittlichen Lebens zu unterweisen und zu schulen, wie das bei den christlichen Gewerkschaften in Verbindung mit den konfessionellen Arbeitervereinen, Gesellenvereinen der Fall ist. Keiner hat bisher als Organisation feierlich und ausdrücklich erklärt, seine Tätigkeit so einzurichten, daß die religiös-sittlichen Grundsätze ihrer Mitglieder in keiner Weise verletzt würden.

Die katholische Arbeiterwelt derjenigen Gebiete Deutschlands, in denen die katholischen Arbeitervereine in Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften stehen, haben überdies bei allen sich bietenden Gelegenheiten seit Jahrzehnten und bis heute in so machtvollen Kundgebungen, wie kein anderer Stand und kein anderes Gebiet Deutschlands sie aufzuweisen hat, bewiesen, und ihre Bischöfe haben es bezeugt, daß sie unerschütterlich zu Kirche und Religion stehen. Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften empfinden es daher aufs tiefste, daß nur allein gegen sie und ihre Freunde das Mißtrauen und die Benachteiligung seitens der kirchlichen Oberbehörden unaufhörlich sich regt. Warum macht die Kirche ihren Einfluß nicht zuerst und in gleichem Maße auf die Unternehmerorganisationen, auf

die Handwerkervereinigungen, auf die Bauerngenossenschaften, auf die Beamtenvereinigungen und Konsumvereine geltend?

Ist das Zusammenarbeiten im wirtschaftlichen Zweckverband mit Andersgläubigen in den christlichen Gewerkschaften eine religiöse Gefahr und zwar trotz des Bestehens der mit ihnen in Verbindung stehenden konfessionellen Arbeitervereine, so trifft das noch viel mehr zu bei den privaten wie öffentlich rechtlichen Organisationen aller anderen Stände und Berufe. Es besteht diese Gefahr — ob christliche Gewerkschaften existieren oder nicht — ebenso sehr in dem ganzen engen Zusammenleben, zu dem in den Städten und Industriebezirken die Katholiken aller Stände in Wohnverhältnissen, sowie bei der Arbeit und Erholung gezwungen sind. Die christlichen Gewerkschaften sind auf dem Boden des gleichen staatlichen Rechts und der gleichen praktischen Lebensverhältnisse erwachsen, wie die privaten und staatlichen Organisationen aller Stände und Berufe im Deutschen Reich.

Wir schließen mit folgendem Satz: **Wir bleiben, was wir sind!** Und wenn man verlangen sollte, wir sollten unsere Grundsätze und unsere Praxis ändern im Sinne der „Berliner Richtung“, dann würden wir mit aller Ehrerbietung, aber auch mit aller Entschiedenheit sagen: non possumus, wir können es nicht! Die christlichen Gewerkschaften „stehen und fallen mit der nationalen Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes“. Eine Konfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens, wie es die „Berliner“ erstreben, wäre ein großes Unglück für das gesamte deutsche Volk und seine Kultur.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 21—26 des Verbandsstatuts und entsprechend einem Beschluß der Nacher Generalversammlung beruft der Zentralvorstand hiermit die diesjährige

ordentliche Verbands-Generalversammlung

auf den 22. September cr. und folgende Tage nach **Eberfeld**

(Stadthalle Johannesburg) ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßungsfeier;
2. Die gewerkschaftliche Lage im allgemeinen und unsere Aufgaben in der nächsten Zeit;
3. Geschäfts- und Kassenberichte, Berichte der Berufungskommission, der Redaktion der „Textilarbeiter-Zeitung“ und des Arbeiterinnen-Sekretariats, Organisations- und Verwaltungsangelegenheiten;
4. Erledigung der eingegangenen Anträge;
5. Vornahme der erforderlichen Wahlen;
6. Jugendagitation;
7. Berufsarbeiterschutz in der Textilindustrie;
8. Die deutsche Textilindustrie in der Wirtschafts- und Handelspolitik.

Die **ordentlichen Bezirkskonferenzen** (§ 40) sollen erst nach der Verbands-Generalversammlung stattfinden. Die Einberufung außerordentlicher Distrikts- und Spezialberufungskonferenzen muß indessen vorbehalten bleiben.

Anträge zur Generalversammlung — durch die Generalversammlungen der Ortgruppen gestellt (§ 26) — müssen spätestens bis zum 10. August cr. beim Zentralvorstand eingegangen sein.

Die **Delegiertenwahlen** (§§ 21—22) sollen im Monat August stattfinden. Das vom Zentralvorstand ausgearbeitete Wahlregulativ und das Verzeichnis der Wahlbezirke werden nachstehend veröffentlicht.

Düsseldorf, den 25. Mai 1912.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Laßt euch nicht irren! ewig wirkt und bleibt,
Was vorwärts, himmelwärts den Menschen treibt;
Ob es auf Zeiten scheinbar auch erliege,
Es endet immer mit dem vollsten Siege

Wahlreglement

für die Delegiertenwahlen zur Verbands-generalversammlung.

§ 1.

Soweit die Entfernungsverhältnisse es zulassen, ist in jedem Wahlbezirk ein Wahlkomitee zu bilden; in solchen Ortsgruppen (Zahlstellen), die für sich allein — oder mit noch einer anderen Gruppe zusammen — einen Wahlbezirk bilden, gelten die Vorstände ohne weiteres als Wahlkomitee. In allen übrigen Wahlbezirken kann jede beteiligte Ortsgruppe auf je 100 Mitglieder einen Vertreter in das Bezirks-Wahlkomitee delegieren, jedoch hat auch die kleinste Ortsgruppe das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Jede Ortsgruppe trägt für ihre Delegierten die Kosten selbst.

Die Wahlkomitees müssen sofort gebildet werden, und soll die Einladung zu der ersten Zusammenkunft baldigst von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe des Wahlvorortes an die übrigen Gruppen des Wahlbezirks erfolgen.

In der ersten Sitzung wählt jedes Wahlkomitee einen Vorsitzenden, der für die Folge die Leitung der Verhandlungen übernimmt.

§ 2.

In denjenigen Wahlbezirken, in denen die Bildung eines Wahlkomitees deswegen unterbleiben muß, weil die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen infolge weiter Entfernungen und mit Rücksicht auf die großen Kosten nicht zu Konferenzen zusammentreten können, soll der Weg der schriftlichen Verständigung nach Möglichkeit versucht werden. Ist auch auf diese Weise eine Einigung nicht oder nicht rechtzeitig zu erzielen, so fungiert der Vorstand der Ortsgruppe des Wahlvorortes unter Leitung des Bezirksvorsitzenden als Wahlkomitee.

§ 3.

Jede Ortsgruppe hat das Recht, bezüglich der Kandidaten für die Delegiertenwahl — ebenso für die Ersatzmänner — Vorschläge zu machen. Es möge aber bei den Vorschlägen und der Aufstellung der Kandidaten Rücksicht auf die gewerkschaftliche Betätigung und die Verdienste der betr. Mitglieder um den Verband genommen werden. Wert ist auch darauf zu legen, daß — namentlich in großen Wahlbezirken mit mehreren Delegierten — Kolleginnen aufgestellt und gewählt werden. Dringend erwünscht ist jedoch, daß in allen Wahlbezirken mit Hilfe der Komitees eine Einigung in der Kandidatenfrage herbeigeführt bzw. ernstlich versucht wird.

§ 4.

Spätestens bis Dienstag, den 16. Juli cr. sind sämtliche Kandidaten (Vor- und Zuname, Wohnort, Straße und Hausnummer) der Zentralstelle in Düsseldorf mitzuteilen, ebenso auch die Vorschläge der einzelnen Ortsgruppen für die Kandidatenliste, falls eine Einigung über gemeinsame Kandidaten nicht erzielt worden ist. Deutlich muß bei allen diesen Vorschlägen angegeben werden, wer als Delegierter und wer als Ersatzmann vorgeschlagen wird. Vorschläge, die erst nach dem 5. Juli eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 5.

Die Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf wird für jeden Wahlbezirk besondere Stimmzettel herstellen lassen und dieselben mit den Zeitungen den einzelnen Ortsgruppen zustellen. Jedem Mitglied wird durch den Vertrauensmann (Förderer, Sammler) ein Stimmzettel übergeben.

§ 6.

Die Wahl erfolgt im ganzen Verbands in den Tagen von Freitag, den 9., bis einschließlich Montag, den 12. August cr. Der Wahlakt kann auf verschiedene Weise vollzogen werden: entweder ist in der Ortsgruppe (Zahlstelle) ein Wahllokal — in größeren Ortsgruppen nach Bedarf mehrere — in einer Wirtschaft oder auch einem Privathause zu errichten, wo die Wahlen getätigt werden. Der Vorstand muß in diesem Falle das Wahllokal den Mitgliedern rechtzeitig bekannt geben, ebenso auch die bestimmten Wahlstunden. Für jedes Wahllokal muß eine kleine Kommission vom Vorstände bestimmt werden, welche die Stimmzettel entgegennimmt.

Oder: Die Stimmzettel werden seitens der Vertrauensleute bei den Mitgliedern während der oben angegebenen Wahlzeit abgeholt. Falls dieser Wahlmodus gehandhabt wird, müssen den Mitgliedern vorher gleichartige Quaberts von der Ortsgruppe geliefert werden, damit die Mitglieder in der Lage sind, ihren Stimmzettel in geschlossenem Kuvert abzuliefern. Auf jeden Fall muß der geheime Charakter der Wahl gewahrt werden.

Den Wahlmodus bestimmt der Ortsgruppen- bzw. Zahlstellenvorstand, jedoch mögen die Wahlkomitees für jeden Wahlbezirk auf ein einheitliches Vorgehen hinwirken.

§ 7.

Bei der Wahl müssen die Mitglieder ihre Mitgliedskarte bzw. ihr Eintragungsbuch als Legitimation vorzeigen. Das Buch muß bezüglich der Beitragsmarken in Ordnung sein. Die Wahlkommission bzw. der Vertrauensmann trägt die Namen derjenigen Mitglieder, die ihre Stimme abgegeben haben, in eine Liste ein und macht außerdem auf der Mitgliedskarte bzw. auf der ersten Innenseite der betr. Mitgliedsbücher durch

Stempel oder Tintenstift einen besonderen Vermerk. Auf diese Weise soll Doppelwahlbeteiligung und sonstiger Mißbrauch ausgeschlossen werden.

§ 8.

Jedes Mitglied kann für so viel Delegierte und Ersatzmänner stimmen, als für den betr. Wahlbezirk vorgesehen sind (also entweder für 1 Delegierten und 1 Ersatzmann oder für 2 Delegierte und 2 Ersatzmänner bzw. für 3 Delegierte und 3 Ersatzmänner).

Falls auf einem Stimmzettel mehr Kandidaten bezeichnet sind, als Delegierte bzw. Ersatzmänner gewählt werden können, müssen die Namen der überzähligen Kandidaten, welche nicht gewählt werden sollen, durchstrichen werden, sodaß auf jedem Stimmzettel nur die zulässige Anzahl Delegierten- bzw. Ersatzkandidaten frei zu lesen — also nicht durchstrichen ist.

Stimmzettel, die dieser Vorschrift nicht genügen, also Zweifel zulassen, sind ungültig. Die Wahlkommissionen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahl vollkommen geheim durchgeführt wird.

§ 9.

Sofort nach beendeter Wahl sind die Stimmzettel an den Vorsitzenden des Wahlbezirks-Komitees bzw. der Ortsgruppe des Vorortes einzusenden. Das Wahlkomitee muß dann baldmöglichst behufs Feststellung des Wahlergebnisses (Zählung der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen) zusammentreten. Das Wahlbezirks-Komitee soll ferner das Resultat der Wahl, d. h. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten gefallenen Stimmen umgehend, spätestens jedoch bis 20. August cr. der Zentralstelle in Düsseldorf mitteilen. Die abgegebenen Stimmzettel sind vom Bezirkswahlkomitee vorläufig aufzubewahren.

§ 10.

Für die Wahl der Delegierten ist absolute Stimmenmehrheit, d. h. mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirk abgegebenen Stimmen erforderlich. Wird dieses Resultat im ersten Wahlgange nicht erreicht, so findet am Sonntag, den 1. September eine Stichwahl zwischen denjenigen zwei Kandidaten statt, die vorher die meisten Stimmen erhalten haben. Für die Wahl der Ersatzmänner genügt einfache Stimmenmehrheit.

§ 11.

Wahlberechtigt sind sämtliche Verbandsmitglieder, die die vollen Wochenbeiträge entrichten; der Monatsbeitrag von 30 Pfg. (Invaliden und Ehefrauen) berechtigt nicht zur Wahl. Wählbar sind nur großjährige (über 21 Jahre alte) Verbandskollegen und Kolleginnen.

Auf die nachfolgend statutarische Bestimmung (§ 21 Absatz 2) sei noch besonders hingewiesen:

„Die freigestellten Bezirksvorsitzenden können mit beratender Stimme an den Verhandlungen der Generalversammlung teilnehmen, sofern sie nicht durch Wahl delegiert sind.“

§ 12.

Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens 10. August cr. beim Unterzeichneten eingegangen sein.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

J. A.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Gemäß § 22 des Statuts hat der Zentralvorstand die

Wahlbezirke

in folgender Weise eingeteilt:

Bezirk Krefeld.

Wahlbezirk	Ortsgruppen	Name und Wohnung des Vorsitzenden	Delegierte	Ersatzmänner
1	Wahlvorort Krefeld	Karl Eiser, Kornstr. 18	2	2
	Krefeld	Heinr. Flock, Grotenburgerstr. 62		
2	Wahlvorort Hüls	Wilh. Jentges, Brucherhöhe 25	1	1
	Hüls	Peter Pimperz, West 40		
	Arath	Aug. Bogel, Königshof, Niederbruch 97		
3	Wahlvorort Lobberich	Heinr. Stiels, Saffensfelderstr. 104	2	2
	Lobberich	Joh. Janderfurth, Kinderstr. 14		
	Schaag			
4	Wahlvorort Breyell	Heinrich Ehrz, Dornert 7	1	1
	Breyell	Math. Grutefer, Hammelstr. 26		
	Leuth	Konrad Wilms, Amern St. Anton, Sekt. Hagen Nr. 1		
	Amern St. Georg			
5	Wahlvorort Süchteln	Franz Glösges, Böhl 263	1	1
	Süchteln	Anton Berg, Neuhäuserstr. 487		
	Vorst	Theodor Theben, Dornbusch 121		
	Dornbusch			

6	Wahlvorort Biersen	Peter Abels, Krefelderstr. 46 a	3	3
	Biersen	Leonhard Struden, Weide 86		
7	Wahlvorort Schiefbahn	Heinr. Jppers, Bahnstr. 31	1	1
	Schiefbahn	Karl Jansen, Wilhelmstr. 17		
	Wilkich	Wilh. Höttes, Bruchstr. 251		
	Neersen			
8	Wahlvorort St. Tönis	Math. Marquardt jr., Hülfstr. 49	1	1
	St. Tönis	Hubert Besaum, Hochstr. 16		
	Dedt	Georg. van Busch, Schulstr. 20		
	Nienkerk	Jak. Leuter, Revalaerlandstr. 3 a		
	Geldern	Heinrich Reinders		
	St. Hubert	Gottfried Nigen, Umstr.		
	Kempen			
9	Wahlvorort Sinsbeck	Heinr. Hingen Neustr. 41	1	1
	Sinsbeck	Jos. Viethen, Amern St. Anton		
	Burgwaldniel	Bernh. Jnderkast, Schulstr. 25		
	Kaldenkirchen	Wilh. Hölterz, Dülfenerstr. 202		
	Boisheim	Johann Lantes		
	Dülkrath	Anton Lückers, Haus-Nr. 21		
	Wintrath			
Bezirk M.-Gladbach.				
10	Wahlvorort Kürrip	Jak. Winners, Kürriperstr. 316	2	2
	M.-G.-Kürrip	Rich. Thomassen, Moselstr. 49		
	„Hardterbroich	Aug. Beyer, Friedensstr. 17		
	„Pesch	Clem. Grabbe, Grünstr. 13		
	„Permg.-Dahl			
11	Wahlvorort Bettrath	Bened. Orts, Joven 75	2	2
	M.-G.-Bettrath	Heinr. Ucker, Alstr. 25		
	„Siden	Ant. Jentges, Gasthausstr. 70		
	„Blumenberg			
12	Wahlvorort Wenn	Pet. Niethen, Könneter	1	1
	M.-G.-Wenn	Jak. Meulenber, Gladbacherstr. 83		
	„Harbt	Heinr. Jacobs, Sehn		
	„Sehn			
13	Wahlvorort Waldhausen	K. Kleinemanns, Roermonderstr. 32	2	2
	M.-G.-Waldh.	Jos. Jörßen, Lindenstr. 126		
	„Windberg	Aug. Kessels, Engelsholt 41		
	„Holt			
14	Wahlvorort Neumerk	Friedr. Miesken, Dünn 117	1	1
	Neumerk	Ferd. Dammer, Herrenhof 1		
	Corschenbroich	Georg. Gerards, Promenadenstr. 43		
	Neuß			
15	Wahlvorort Rhegdt	G. Gütgemanns, Baumgesweg 35	2	2
	Rhegdt	Heinr. Schifferz, Genhülßen		
	Rheindahlen	Herm. Langen, Königsstr. 4		
	Giesentirchen	Joh. Claßen, Jüchen		
	Jüchen			
16	Wahlvorort Wickrath	Heinr. Hüsgen, Odenkirchenerstr. 42	1	1
	Wickrath	P. Heinrichs, Freiheitsstr. 77		
	Odenkirchen	P. Pesch, Bederstr. 14		
	Hochneufkirch			
17	Wahlvorort Wassenberg	Fritz Mühlenbroich, Brühlstr. 184	1	1
	Wassenberg	M. Küppers, am Platz		
	Begberg			
Bezirk Aachen.				
18	Wahlvorort Aachen	Nicol. Bartholemy, Alfensstr. 35	2	2
	Aachen	Johann Bartz, Bahnhofstr. 65		
	Glendorf			
19	Wahlvorort A.-Burtscheid	Bernh. Dahmen, Mühlenstr. 4 g II	2	2
	Burtscheid	Joh. Schümmer, Paulinenstr. 15		
	Bürselen			
20	Wahlvorort Eupen	Franz Bartholemy, Bergstr. 86	3	3
	Eupen	Nicolaus Schumacher, Piefer		
	Raeren	Wilh. Ganser, Winkelstr. 19		
	Kettenis	Jos. Namjoie		
	Synatten	Wilh. Plum, Weber, Nr. 84		
	Oberforstbach	Bernh. Lafchet, Klönnes		
	Dergentrich	Franz Klee, Winkel 45 a		
	Rembach	Heinr. Beuth, Bergstr. 42		
	Kornelimünster			
21	Wahlvorort Brand	Wilh. Sent, Niederforstbach	1	1
	Brand	Jos. Wilms, Stolbergerweg 33		
	Berlautenheide	Joh. v. der Böden, Kochstr. 26		
	Haaren	Peter Thoma, Bergstr. 15		
	Kohlscheid			
22	Wahlvorort Baals	Math. J. Spertth, Seffenterstr. 5	1	1
	Baals			
23	Wahlvorort Düren	Joh. Koch, Waisenhausstr. 1	3	3
	Düren	Jak. Breuer, Unionsstr. 9		
	Gustkirchen	Franz Galm, Winkelheim b. B.		
	Bedburg	Joseph Lessenich		
	Guenheim	Joh. Esch, Kreuzbergerstr. 105		
	Stohheim	Joh. Brodeffer, Büschen b. Beuel		
	Beuel			
24	Wahlvorort Jügendbroich	Peter Böll, Nr. 112	1	1
	Jügendbroich	Joh. Claßen, Nr. 163		
	Kalterherberg	Michael Corda		
	Söfen	Joh. Förster, Mühlenberg		
	Montjoie	Saur. Johnen, Roetgensbad 244		
	Roetgen	Ludwig Offender, Schmidthof		
	Wahlheim			

Bezirk Barmen.

Table listing election districts in Barmen, including Wahlbezirk Barmen, Blombacherb., Engelskirchen, and others, with names and addresses.

Bezirk Bocholt-Gronau.

Table listing election districts in Bocholt-Gronau, including Wahlbezirk Bocholt, Coesfeld, and Gronau, with names and addresses.

Bezirk Münster i. Westf.

Table listing election districts in Münster i. Westf., including Wahlbezirk Borghorst, Emsdetten, Rheine, and others, with names and addresses.

Bezirk Hannover.

Table listing election districts in Hannover, including Wahlbezirk Samb.-Schiffb., Delmebörchen, and others, with names and addresses.

Bezirk Schlesien.

Table listing election districts in Schlesien, including Wahlbezirk Neunkadt O.-S., Ullersdorf, and others, with names and addresses.

Bezirk Sachsen-Thüringen.

Table listing election districts in Sachsen-Thüringen, including Wahlbezirk Oßtritz, Greiz, and others, with names and addresses.

Bezirk Bamberg-Gulda.

Table listing election districts in Bamberg-Gulda, including Wahlbezirk Bamberg, Forchheim, and others, with names and addresses.

Bezirk Bayern.

Table listing election districts in Bayern, including Wahlbezirk Augsburg, Kempten, and others, with names and addresses.

Bezirk Württemberg.

Table listing election districts in Württemberg, including Wahlbezirk Seidenheim, Göttingen, and others, with names and addresses.

Bezirk Baden.

Table listing election districts in Baden, including Wahlbezirk Lörrach, Offenburg, and others, with names and addresses.

Bezirk Straßburg.

Table listing election districts in Straßburg, including Wahlbezirk Lambrecht, Erzenbach, and others, with names and addresses.

Bezirk Mülhausen i. E.

Table listing election districts in Mülhausen i. E., including Wahlbezirk Mülhausen, Wittenheim, and others, with names and addresses.

Ein Riesenkampf der Textilarbeiter in Bielitz-Biala (Oesterreich).

In Bielitz-Biala tobt in der Textilindustrie ein heftiger Kampf. Wegen einer nichtigen Differenz warfen die Textilunternehmer Zehntausende von Arbeitern in der rücksichtslosesten Weise aufs Pflaster. Ihr Kampf gilt den Organisationen der Arbeiter. Diese haben sich seit Jahren der armen bedrückten Textilproleten angenommen. Darum sollen sie vernichtet werden. Die gewissenlose demagogische Heze der Genossen ermunterte die Unternehmer noch zu ihrem nicht zu rechtfertigenden Vorgehen. Auch unser oesterreichischer Bruderverband wird von dem Kampfe schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bis zu 3000 seiner Mitglieder wurden von der Aussperrung betroffen. Für uns Ursache genug, diesem Kampf die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Ueber die Verhältnisse in Bielitz-Biala entwirft unser oesterreichisches Bruderverblatt folgende interessante Schilderung:

Bielitz-Biala ist eines der größten Textilzentren. Schornstein an Schornstein erheben sich über die beiden Schwesterstädte an der Grenze von Galizien. Ein armes, aber arbeitames, meistens polnisches Arbeiterheer sucht in den dortigen Textilfabriken nach kargem Verdienste und hilft dazu, daß die Tuchstoffe von Bielitz und Biala auf dem Markte zu den gefuchtesten gehören. Groß ist der Gewinn, den die Unternehmer aus ihren Fabriken herauschlagen, was man am besten beurteilen kann an dem großen Aufwande, den die hiesigen Fabrikanten machen. Prachtvolle, wie Burgen ausgestattete Villen, Automobils, librierte Diener. Die verschwägerten Fabrikanten, welche es innerhalb kurzer Zeit zu mehrfachen Millionären gebracht haben, sind aber auch die unbulbamsien gegen ihre Arbeiter. Das geringste Verlangen der Arbeiterchaft nach Verbesserung ihrer Lage führt stets zu harten wirtschaftlichen Kämpfen.

Dem jetzigen Kampfe liegt eine nichtige Ursache zu Grunde. Weil rund 100 Weber der millionenreichen Firma Bathelt 1/4 Heller pro 1000 Schuß mehr verlangen, haben die Unternehmer über 10000 Textilarbeiter ausgesperrt. Diese lächerlich geringfügige Differenz ist aber nicht die tiefere Ursache der Aussperrung. Es handelt sich — wie oben schon erwähnt — um einen Schlag gegen die Organisation. Dafür spricht folgendes: Die Firma Bathelt war aus dem Industriellenverband ausgetreten. Sie trat diesem erst wieder bei, als ihre Arbeiter in Streik traten. Trotzdem und trotz der vorliegenden geringfügigen Differenz beschloß der Industriellenverband dieser Firma zuliebe die Aussperrung. Zu allem Ueberflus erklärte „Die Arbeit“, das Organ der Industriellen, selbst mit brutaler Offenheit:

„In Wahrheit kommen in diesem Konflikte die einzelnen konkreten Beschwerdefälle als solche gar nicht in Betracht. Die Bielitzer Textilisten erblicken mit Recht in den fortwährenden Verheerungen, in den ins Maßlose sich steigenden Ansprüchen der Arbeiter eine hinter denselben stehende Macht, deren Einfluß gebrochen werden muß, sollen die Betriebsverhältnisse nicht völlig unheilvoll werden.“

Also die Organisationen sollen getroffen und deren Einfluß gebrochen werden. Daß sich die Arbeiter dagegen mit allen Kräften wehren, ist begreiflich. Mit der Proklamierung der Aussperrung wurden auch alle bereits gemachten Zugeständnisse zurückgezogen.

Die I. K. Behörde gibt sich die größte Mühe, die Aussperrung beizulegen. Bereits am 11. Mai fand auf ihre Veranlassung hin eine Einigungsverhandlung statt, die aber zu einem Ergebnis nicht führte. Interessant ist hierbei, daß die Genossen der Verhandlung fernblieben mit der Motivierung, sie säßen mit den christlichen Arbeitervertretern nicht an einem Tisch. Und dies in einem Kampfe, in dem die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter so bitter not tut! Weitere am 26. Mai stattgefundene Verhandlungen führten ebenfalls durch das brüske Verhalten der Industriellen zu keinem Resultat. Ein Ende des Kampfes ist somit noch nicht abzusehen. Die Aussperrten verhielten sich bis jetzt durchaus ruhig.

Die Solidarität, die ja über die einzelnen Landesgrenzen hinweg uns mit den ausländischen Bruderverorganisationen zusammengeführt hat, gebietet uns, auch unseren schwer kämpfenden Gesinnungsgenossen in Bielitz-Biala unsere warmste Sympathie zum Ausdruck zu bringen. Das Komitee unserer internationalen Vereinigung hat unserer oesterreichischen Bruderverorganisation auch bereits einen namhaften Betrag aus der internationalen Streikkasse bewilligt. Das ist immerhin doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Darum tuen auch wir das unserige.

Allgemeine Rundschau.

Der Krebsgang des Verbandes „Sitz Berlin“. Sinkende Einnahmen, steigende Ausgaben, Mitgliederflucht — das sind die Merkmale der Entwicklung jenes katholischen Arbeitervereinsverbandes „Sitz Berlin“, der nicht müde wird, die christlichen Gewerkschaften zu verdächtigen und zu verleumden, in der Meinung, seine eigne Sache damit am besten fördern zu können.

Wie in der „Germania“ berichtet wurde, ist die Zahl der Verbandsvereine in 1911 von 1198 auf 1241 gestiegen. Eine ähnliche Steigerung wird seit Jahren verkündet. Und doch: Die Einnahmen der Vereinskassen aus den regelmäßigen Mitgliederbeiträgen sinken ununterbrochen. Sie gestalten sich seit 1907 wie folgt:

Jahr	Verbands-(Arbeitervereins-)Kasse	Männersterbekasse	Frauensterbekasse
1907	373 214,16 M.	101 197,34 M.	50 689,51 M.
1908	285 998,95 "	121 155,68 "	60 577,84 "
1909	280 372,71 "	129 625,97 "	64 812,99 "
1910	266 260,06 "	129 540,52 "	64 770,28 "
1911	257 231,55 "	125 233,80 "	62 616,90 "

Andererseits zeigen die Ausgaben andauernd steigende Tendenz. Sehen wir von der Verbandskasse (Arbeitervereinskasse) ab, die ihre Einnahmen alljährlich bis auf einen minimalen Bruchteil (15000 M. Kassenbestand am 31. Dezember 1911 gegen 22000 M. um dieselbe Zeit des Vorjahres) verbraucht, und ziehen nur die Sterbekassen in Betracht. Deren Ausgaben betragen:

Jahr	Männersterbekasse	Frauensterbekasse
1907	71 332,58 M.	43 493,96 M.
1908	89 318,04 "	57 376,28 "
1909	107 799,08 "	63 012,94 "
1910	110 720,65 "	74 318,96 "
1911	116 332,07 "	74 387,64 "

Nun zu den Fachabteilungen. Mitgliederzahlen werden, wie gewohnt, nicht angegeben. Ihre Kassengebarung läßt indes einen genaueren Rückschluß auf ihren Entwicklungsgang zu. Er gestaltete sich in den letzten fünf Jahren in runden Zahlen wie folgt:

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Vermögen
1907	199 000 M.	158 000 M.	88 300 M.
1908	239 000 "	205 000 "	122 300 "
1909	244 000 "	260 000 "	106 887 "
1910	226 000 "	227 000 "	106 689 "
1911	154 000 "	127 500 "	133 500 "

Im vergangenen Jahre hat ein Statistiker den Fachabteilungsmittgliedern einen Jahresbeitrag von 13,20 M. zugerechnet; danach zählten sie 17180 Mitglieder Ende 1910. Nachdem ihre Beitragsreform durchgeführt ist, kann der Jahresbeitrag mit 16 M. angenommen werden. Sonach wäre zu konstatieren: 72 000 M. oder fast ein Drittel weniger Einnahmen gegen 1910, d. h. Verlust von bald der Hälfte der Mitglieder. In diesem Frühjahr hat sich die Lage noch trostloser gestaltet. Nach übereinstimmenden und genaueren Berichten aus den Fachabteilungsdomänen Schlesien und Saarrevier ist die Fachabteilungsbewegung in den meisten Orten am zusammenbrechen.

Im Lichte solcher Verbands- und Fachabteilungs-„entwicklung“ ist die neueste Aktion der Verbandsleitung „Sitz Berlin“ gegen die 350 000 Mitglieder zählende christliche Gewerkschaftsbewegung zu sehen und zu beurteilen.

Ein neues Licht. Man schreibt uns aus Aachen: Seitdem die M.-Glabbacher Textilarbeiter in den gemeinsamen Versammlungen kein leeres Stroh mehr dreschen können, haben sie ihr Tätigkeitsgebiet in den „Textilarbeiter“ verlegt. Dort müht sich nun schon seit Jahren ein Artikelschreiber ab, faktische Erfolge der Arbeiterchaft in das Gegenteil umzutrennen. Die Arbeit wird ihm schwer, und um sich bei guter Stimmung zu erhalten, versucht er sich als Dichter. Beim Dichten des „Rottos“ an der Spitze seines Artikels aus M.-Glabbach-Rheindt scheint dem Mann die Melodie des schönen Liedes: „De Winands hand nen Haas em Pott“ oder „Wat machste forn dummes Gesichte“ oder eines ähnlichen Jahrmarktsgelanges vorgekehrt zu haben, denn etwas Lächerliches und Dummes wie seine Dichtkunst ist uns noch niemals zu Gesicht gekommen. Wenn der Mann auf gewerkschaftlichem Gebiete dieselben Fähigkeiten entwickelt, wie auf dichterischem, kann er es noch zu etwas Bedeutendem bringen.

An dem fraglichen Artikel interessiert uns Aachener ein Abschnitt, worin sich der „Dichter“ über die Grenzpfähle M.-Glabbachs hinaus ins Aachener Gebiet wagt. Wir würden das Geschreibsel des Mannes weiter nicht beachten, wenn in diesen paar Sätzen nicht allzuviel unwahres Zeug zusammengeschrieben worden wäre. Der Mann im „Textilarbeiter“ schreibt:

„Zum Schlusse orakel die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“, daß in M.-Glabbach bessere Löhne gezahlt würden wie in Sachsen, Thüringen und der Niederlausitz. Weiß denn der Artikelschreiber nicht, daß durch die Tätigkeit des deutschen Textilarbeiterverbandes in diesen Orten die Löhne bedeutend gestiegen sind, wohingegen in der christlichen Domäne Aachen der Durchschnittslohn bedeutend zurückgegangen ist?“

Was wir über die Tätigkeit des „deutschen“ Verbandes in Sachsen, Thüringen usw., sowie über die Durchschnittslöhne wissen, wollen wir dem „Textilarbeiter“ verraten.

In diesen Bezirken sind in den letzten Jahren alle größeren Bewegungen, nachdem man die Arbeiter durch radikales Draufgängertum in die Bewegungen hineingetrieben, von ersten Führern des „deutschen“ Verbandes, welche sich auf diesem Gebiete eine wahre Virtuosität erworben haben, rücksichtslos abgemurkst worden. Hierin bestand die Haupttätigkeit des Verbandes in Sachsen-Thüringen. Nun zu den Durchschnittslöhnen. Nach den Berichten der sächsischen Textilberufsgenossenschaft betrug der Durchschnittsverdienst eines Versicherten in den Jahren 1905 M. 758,52, 1909 M. 760,51.

Diese Zahlen werfen ein seltsames Licht auf die Tätigkeit des „deutschen“ Verbandes in Sachsen. Also um ganze M. 1,99 pro Arbeiter und Jahr sind die Hungerlöhne in Sachsen-Thüringen durch die „Tätigkeit“ des „deutschen“ Verbandes in fünf Jahren aufgebessert worden. Wahrlich, ein großartiger Erfolg!

Im Rheinland, in den Domänen der verhassten Christen, betrug der Durchschnittslohn der Textilarbeiter, nach den Angaben der rheinisch-westfälischen Textilberufsgenossenschaft, in den Jahren 1905 M. 821,12, 1909 M. 910,70.

Witkin eine Lohnsteigerung in diesen fünf Jahren von M. 89,58 pro Arbeiter und Jahr. Im Sektions-

bezirk Aachen betrug der Durchschnittsverdienst der Textilarbeiter in den Jahren 1907 M. 823,19, 1909 M. 857,48, 1910 M. 864,42.

Also nicht wie der M.-Glabbacher „Dichter“ wahrheitswidrig behauptet, ein bedeutendes Zurückgehen der Durchschnittslöhne in Aachen, sondern ein ständiges, wenn auch langsames Steigen der Aachener Durchschnittslöhne ist festzustellen.

Damit lassen wir den Lügenpeter im „Textilarbeiter“ laufen. Wir sind auf sein Geschreibsel eingegangen, um unsern Kollegen und Kolleginnen an einem neuen Beispiel zu zeigen, wie der Wahrheit Gewalt angetan wird, wenn es gegen den christlichen Textilarbeiterverband geht. Dem M.-Glabbacher Artikelschreiber raten wir, anstatt sich als Dichter zu versuchen, sich zu bemühen, ehrlich zu bleiben, vorausgesetzt, daß er dazu fähig ist.

Zum roten Parteifreit in Württemberg. In Göppingen gehts zur Zeit wieder recht heiter zu. Die radikalen Göppinger Parteigenossen haben den bisherigen Inhaber des Landtagsmandates, den Genossen Dr. Lindemann, abgesetzt und an dessen Stelle den radikalen Genossen Kinkel zum Kandidaten nominiert. Als Grund wurde u. a. angegeben, daß die Ansichten Lindemanns mit den taktischen und prinzipiellen Anschauungen der radikalen Mehrheit nicht übereinstimmten. Gegen die Absetzung Lindemanns macht nun aber die revisionistische Minderheit Opposition. Am 21. Mai prangte an den Plakatwänden ein Aufruf, in dem die Gegner Kinkels um schriftliche Zustimmung zu einem Antrag auf Bornahme einer Urabstimmung über die Frage, ob Lindemann oder Kinkel als Kandidat aufzustellen ist, ersucht wurden. Unterzeichnet war der Aufruf von dem Genossen Julius Brückner. Das volksparteiliche Organ, „Der Hohenstaufen“, brachte ferner eine Erklärung revisionistisch gesinnter Genossen, die für Beibehaltung der Kandidatur Lindemanns plaidiert und in der es heißt: „Wollen also die Göppinger einen Sozialdemokraten weniger im Landtag haben, so wollen wir sie hierbei nicht stören. Eines aber ist sicher, Kinkel wird nicht gewählt werden, vielmehr wählen wir jetzt erst recht Lindemann.“ Demgegenüber erließ der Kreisaußschuß der Partei eine Erklärung, die die Kandidatur Kinkel als zu recht bestehend bezeichnet. Wer sich dem gefaßten Beschluß nicht füge, stelle sich von selbst außerhalb der Partei. Tatsächlich beschloß denn auch eine Parteiversammlung, den Genossen Brückner auszuschließen und an der Kandidatur Kinkel festzuhalten.

Daß Brückner nicht gewillt ist, den Rückzug anzutreten, zeigt ein öffentlich angeschlagener Aufruf „An die Parteigenossen von Stadt und Land“.

Er nennt darin die Göppinger Ortskantontasse, in welcher die damaligen Führer, fast alleamt sitzen, eine Resolutionenfabrik und erklärt, daß er sein erstes Plakat nur deshalb habe anschlagen lassen, weil von dem Parteiorgan die Aufnahme seines Inhaltes in Form eines Inzerates abgelehnt worden sei. Die Tyrannemacht müsse ein Ende nehmen, die Parteigenossen dürften sich nimmer länger vergewaltigen lassen, ohne sich zu wehren; sie brauchten sich nicht „vor lauter Prinzip, Dogma und Disziplin des Rechts der freien Meinungsäußerung zu begeben“. Es gehe gegen Rechtlichkeit, Ehrbarkeit und Wahrhaftigkeit, wenn die Generalsversammlung der Ortskantontasse dem Genossen Kinkel noch ein Vertrauensvotum ausstelle, nachdem den Kontrolleur Kinkel zahlreiche Verfehlungen nachgewiesen wurden. Die Zeiten seien vorüber, „in denen man das Leder stehlen und den armen Leuten Schuhe daraus machen könne, um dann zum Heiligen gesprochen zu werden. Wenn die Genossen, welche Kinkel schon diszipliniert hat, sich solche Verfehlungen hätten zuschulden kommen lassen, wie er sie selbst begangen habe, dann wären sie ohne Gnade mit Schimpf und Schande aus der Partei ausgewiesen worden. Wer Kandidat für den Landtag werden wolle, der müsse wenigstens die Charaktereigenschaften haben, welche seine Partei propagiert und diese seien Wahrhaftigkeit und Ehrbarkeit, er dürfe nicht, wenn ihm in öffentlicher Versammlung der Vorwurf der Lügenbeuterei gemacht werde, ohne sich zu verteidigen, das sitzen. Die Partei müsse vorwärts und nichts rückwärts geführt werden, und darum dürfe auf einen Lindemann kein Kinkel in den Landtag kommen.“

Demgegenüber betont die radikale Richtung, die Staatsanwaltschaft habe wegen der Passivität der gegen Kinkel erhobenen Anschuldigungen das eingeleitete Verfahren einstellen müssen. Inzwischen hat nun auch der Landesvorstand der württembergischen sozialdemokratischen Partei zum Streit Stellung genommen. Nach ihm ist die Aufstellung der Kandidatur Kinkels nicht ordnungsgemäß erfolgt. Der Kandidatenwechsel sei weder den Ortsvereinen zur Diskussion unterbreitet worden, noch habe man den Landesvorstand davon benachrichtigt. Das Verhalten des Genossen Brückner wird auch vom Landesvorstand mißbilligt. Wie der Krach enden wird, ist noch nicht abzusehen. In einer Zuschrift an die „Leipziger Volkszeitung“ wird die Befürchtung ausgesprochen, daß durch diese Vorgänge der Parteizwist nicht nur in Göppingen, sondern in ganz Württemberg wieder neu aufleben und daß das Göppinger Landtagsmandat hierdurch der Partei eventl. verloren gehe.

Sozialdemokratische Arbeitsmonopole. Wie die Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung, das Organ des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter (Nr. 20, 1912) mitteilt, besteht im Tabatgewerbe in Hamburg, Altona, Wandbeck, Schiffbeck und Umgebung ein Tarifvertrag mit folgender Bestimmung:

„Alle bei der Zigarren- und Zigarillosfabrikation beschäftigten Arbeiter, sowie Zurchter müssen Mitglied des deutschen Tabakarbeiterverbandes sein.“ Weiterhin: „Falls die Firma auswärtige Filialbetriebe hat, so müssen für diese ebenfalls Tarife mit dem Verbands abgeschlossen werden. Werden von anderen Firmen Zigarren bezogen, so müssen

diese gleichfalls mit dem Verbanne im Tarifverhältnis stehen.

Ähnliche Bestimmungen bestehen in Berlin in einem Tarifvertrag, den über 200 Tabakfirmen unterzeichnet haben. Betriebe, die sich dem roten Zwang nicht fügen wollen, werden durch Boykott mühe zu machen versucht, wie aus einem von dem genannten christlichen Gewerkschaftsblatt erwähnten Fall drastisch hervorgeht. Gegen eine solche brutale Gewalttat sollte die ganze Öffentlichkeit einmütig Stellung nehmen und die christliche Arbeiterbewegung nachdrücklich fördern, damit sie den sozialdemokratischen Uebermut und Terrorismus wirksam parieren kann.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. Der Ostpreussische Verband der evangelischen Arbeiter- und Volksvereine hielt am Pfingstdienstag seinen Verbandstag in Königsberg ab. Der Verbandsvorsitzende Superintendent Graf v. Holland stellte in seinem Jahresbericht den Satz auf: „Die Mitglieder müssen auch gewerkschaftlich organisiert werden, damit sie dem Verben der sozialdemokratischen Gewerkschaften standhalten können.“ Die evangelischen Arbeitervereine haben sich streng an die Parole des Gesamtverbandes gehalten und dementsprechend sich auch betätigt, an manchen Stellen nicht ohne Erfolg. Diese Parole lautete: „Der Feind ist die Sozialdemokratie.“ Zur gewerkschaftlichen Frage wurde schließlich folgender Antrag des Pfarrers Reibys angenommen: „Die Verbandsversammlung erachtet es für durchaus notwendig, die Gründung der christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen mit allen Mitteln zu fördern. Sie beauftragt den Verbandsvorsitzenden, mit dem Zentralausschuß der christlichen Gewerkschaften deswegen in Verbindung zu treten.“

Im Kampfe um sein Recht in der Tarifgemeinschaft läßt der Gutenbergbund nicht nach. Der im sozialdemokratischen Jahrbuch schwimmende Buchdruckerverband hat es verstanden, die für die Allgemeinheit der Gehilfenschaft geschaffenen Tarifverträge rücksichtslos für sich anzunutzen und sie zu Unterdrückungsinstrumenten für die ihm nicht angehörenden Buchdruckergehilfen zu machen. Der Gutenbergbund muß jetzt einen hartnäckigen Kampf um sein Recht und seine Gleichberechtigung in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft kämpfen. Dabei verdient er die weitgehendste Unterstützung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und aller jener Kreise, die sich den Rücksichtslosigkeiten einer sozialdemokratischen Organisation und eines sozialdemokratischen Monopols nicht willig fügen wollen.

Es ist deshalb freudig zu begrüßen, daß die Zeitung des Gutenbergbundes in der letzten Zeit energisch die Aufklärungsarbeit betreibt und Material zur Illustrierung der Zustände im Buchdruckgewerbe sammelt. Vor einiger Zeit wurde bereits eine Schrift herausgegeben: „Buchdrucker-Tarif und öffentliches Interesse.“ Jetzt liegt ein weiteres Schriftchen vor: „Zum Kampf um das Recht in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Beweismaterialien für den Mißbrauch der Tarifgemeinschaft durch den sozialdemokratischen Buchdruckerverband.“ (Sonderabdruck aus dem „Typograph“ 26. April/13. Mai 1912.) Herausgegeben vom Gutenbergbund. Berlin SO 16.

Die Schrift wird weitere Kreise von der Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse überzeugen und auch den Wunsch nach Abhilfe weiter verbreiten. Manche Mitglieder des Verbandes sehen ein, daß ihre religiöse und politische Ueberzeugung im Verbanne auf das schimpflichste verletzt wurde. Mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte unterlassen sie es jedoch, dem Verbanne den Rücken zu kehren. Ihnen gewährt der Gutenbergbund jetzt besondere Bergünstigungen.

Sie erhalten in der Allgemeinen Klasse des Gutenbergbundes ihre sämtlichen in den Verband gezahlten Beiträge angerechnet. Sie sind demnach vom Tage ihres Uebertritts sofort bezugsberechtigt bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, auf der Reise. Sie bekommen Krankengeld-, Umzugsunterstützung und im Falle des Todes sofort Sterbegeld. Die Höhe der Unterstützungen richtet sich nach den im Verband gezahlten Beiträgen. Sie haben also nicht den allergeringsten Schaden, zumal die Klassen des Gutenbergbundes einen Vergleich mit denen des Verbandes bequem aushalten, dabei aber der Beitrag noch niedriger ist, wie im Verband.

Im Invalidenunterstützungszweige werden die im Verband geleisteten Beiträge bis zur Höchstzahl von 600 angerechnet. Außerdem sind im Gutenbergbund noch mindestens 200 Beiträge zu entrichten, ehe Bezugsberechtigung eintritt. Dadurch haben die Verbandsmitglieder ebenfalls nicht den geringsten Schaden, viele sogar einen direkten Nutzen. Das kommt daher, weil beim Verband erst nach 14-jähriger Beitragszahlung Invalidenunterstützung gezahlt wird, beim Gutenbergbund dagegen schon nach 10 Jahren.

Es wird bei Eintritt der Invalidität nach Zurücklegung der Karenzzeit derjenige Unterstützungsbeitrag gezahlt, welcher der Gesamtzahl der angerechneten und im Gutenbergbund gezahlten Beiträge entspricht.

Wir erwarten von unseren Ortsgruppenverwaltungen, daß sie dem Gutenbergbund im Kampfe um seine gerechte Sache, die auch eine Sache der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung ist, mit aller Entschiedenheit unterstützen. Als größte Rücksichtnahme ist da gar nicht im Platte. Es sei nur die ganze Buchdrucker-Tarifgemeinschaft in die Brüche gehen, als daß wir willig zusehen, wie dauernd die auf christlich-nationaler Basis organisierten Buchdrucker verzwängt und ihrer Rechte beraubt werden.

Eine Tarifgemeinschaft zur Unterdrückung der Meinungs- und Gewerkschaftsfreiheit der christlich-nationalen Gehilfen und als Mittel zu ihrer Terrorisierung hat keine Existenzberechtigung.

„Jawohl, wir wollen die Industrie schädigen.“ In einer öffentlichen, von den christlichen Gewerkschaften einberufenen Versammlung in Mosbach (Baden) am 4. Mai, wo man sich mit dem letzten Vergarbeiterstreit beschäftigte, erklärte der frühere Hirsch-Dundersche Agitator und jetzige sozialdemokratische Arbeitersekretär Thomas-Seibelberg:

„Der Referent (gemeint war der Redner der christlichen Gewerkschaften) hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir (die sozialdemokratischen Gewerkschaften) auf das Wirtschaftsleben keine Rücksicht genommen hätten und die Industrie schädigten. Da kann ich nur sagen: Jawohl, wir wollen die Industrie schädigen, weil wir nur so unser Ziel zu erreichen vermögen.“

Dieses Bekenntnis gewährt einen bezeichnenden Einblick in die Denkweise sozialdemokratischer Agitatoren. Mag die Industrie ruiniert werden, mögen Millionen deutscher Arbeiter dadurch arbeits- und brotlos werden, das alles wird in den Wind geschlagen, wenn sie nur ihr Ziel erreichen.

Auf dem direkt entgegengesetzten Standpunkt stehen die christlichen Gewerkschaften, deren Zeitgedanken darin zusammenlaufen: „Durch die Förderung des Allgemeinwohls ist auch dem eigenen Stande am besten gedient.“ Obenan steht das Gebieten des Gesamtunternehmens — also die Solidarität, und dann erst kann eine Auseinandersetzung der Parteien über den Anteil am Gewinne stattfinden auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und vernünftiger Verständigung.“ (Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1911.)

Die Brüchigkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms beleuchtet mal wieder Genosse W. Schröder in einem Artikel der Nr. 10 der „Sozialistischen Monatshefte“. Namentlich verhöhnt er die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Wirtschaftspolitik. Er sagt, von den Tagen an, „wo das Spottwort über die Freihandels-hausierburschen fiel, bis in unsere Zeit hinein“, habe es nie an Sozialdemokraten gefehlt, „die gegen eine absolute Freihandelspolitik ihre sehr begründeten Bedenken geltend machten.“

„Dem im Jahre 1876 abgehaltenen Parteikongress war die Frage, ob Schutzoll oder nicht, laut Beschluß eine praktische Frage, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden müsse. Auf dem Parteikongresse des folgenden Jahres wurden den Reichstagsabgeordneten Bloß und Demmler heftige Vorwürfe gemacht, weil sie im Gegensatz zu der Mehrheit der Fraktion gegen die Wiedererführung des Eigenschutzes gestimmt hatten. Im Jahre 1879 erklärte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Kaufser im Reichstage für bestimmte Schutzöle. 1887 auf dem Kongress zu St. Gallen wies Auer darauf hin, daß auch die Art der direkten progressiven Einkommenbesteuerung ihre Grenzen hätte. So geht es mit den Verurteilungen gegen das Freihandels-evangelium weiter bis zur Gegenwart. Und ich glaube, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute plötzlich die Macht erhielte, in Deutschland alle und jede Schutzöle zu beseitigen, so würde sie sich sehr hüten, von dieser Macht rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wie mit dem Freihandel, so steht es mit der Mißförderer, mit der Kolonialpolitik und mit der Erbscheinung, die da Imperialismus gekauft worden ist. In allen diesen Fragen ist schon lebhaft geteilt worden, weil es sich hier überall um Fragen handelt, die mit einem absoluten Ja oder Nein praktisch nun einmal nicht entschieden werden können.“

Man kann es unter diesen Umständen verstehen, wenn „Genosse“ Schröder meint, daß es mit den „Grundsätzen“ und dem „Boden“ des sozialdemokratischen Parteiprogramms „so eine eigne Sache sei“. In der sozialdemokratischen Presse aber sind diese „Grundsätze“ allenein unerrückbar, der „Boden“ ist „gefestigt“, und wie die schönen Worte alle heißen mögen. Den Schluß daraus kann sich jeder selbst machen.

Ein sozialdemokratischer Polizeipräsident gegen Streikaustrittungen der Genossen. Wir haben die Klagen der Genossen über das Vorgehen schweizerischer Polizeibehörden gegen Streikende bereits an Hand der Vorwände beim Materstreit in Zürich gebührend beleuchtet. Interessant ist nun in der Hinsicht noch folgende Äußerung der „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 120, 28. Mai 1912):

„In der Schweiz selbst ist an einen genügenden Schutz der ausländischen Steuerzahler nicht zu denken, und wenn es auch tief bejammert ist, daß man sich von hier aus hilfesuchend an das Ausland, d. h. an die Heimat der mißhandelten Arbeiter wenden muß, so ist es doch unbedingt notwendig. Wohl hat die schweizerische Parteipresse sich sehr gegen das Vorgehen der Polizei ausgesprochen — aber dabei bleibt es auch. Ist doch z. B. der Polizeipräsident von Zürich selbst Mitglied der Partei (Grünländer) und sobald man ihm Vorwürfe macht, weil er die Wünsche der Unternehmer gar zu bereitwillig erfüllt, so antwortet er, daß er das nur tue, weil sonst — die Regierung sich ins Mittel lege und das Risiko aufbiete!!! Und dann sei es mit dem Streikrecht überhaupt vorbei, wie es ja tatsächlich der Materstreit im vorigen Jahre bewiesen hat. Kehlich liegen die Verhältnisse in Winterthur, Basel und anderen Orten, wo ebenfalls Sozialdemokraten in der Exekutive (Polizeibehörde) sitzen und niemals das brutale Unterdrücken des den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Konfliktrechtes verhindern können. Es ist halt falsch, zu sagen: auch in der Demokratie wird die

Polizei immer mehr ein Werkzeug des Kapitalismus, es muß richtig heißen: erst recht in der Demokratie ist das der Fall! Und gerade in der demokratischen Schweiz haben sich die Klassengegensätze in letzter Zeit derart zugespitzt, daß auch hier das Marxsche Wort aus dem „18. Brumaire“ zutrifft, wonach die kleinen Nachkommen der großen Sansculotten ihren Wahlspruch: „Eberté, Egalité, Fraternité“ seit langem ersetzt haben durch die Losung: „Infanterie, Kavallerie, Artillerie.“

Also selbst sozialdemokratische Parteiorgane gehen gegen rot organisierte Streikende vor. Dafür gibt es nur zwei Gründe: Entweder werden sie durch das Benehmen ihrer Bestimmungsgenossen hierzu gezwungen, oder sie handeln wie gewöhnliche Scharfmacher. Beides ist gleich bezeichnend. Ebenso bezeichnend ist die Feststellung, daß die Polizei in der Demokratie erst recht zum Werkzeug des Kapitalismus wird. Der sozialdemokratische Verein „Eintracht“ in Zürich, der nur Ausländer zu Mitgliedern hat, beschloß denn auch gegen das „kandalöse“ Vorgehen der schweizerischen Polizeibehörden gegen streikende Ausländer die weitestgehende Öffentlichkeit im In- und Ausland mobil zu machen und auch die Parlamente außerhalb der Schweiz für diese Beschwerden zu interessieren. Wir werden also in Bälde das Schauspiel erleben, daß die in der republikanischen freien Schweiz lebenden deutschen Genossen sich hilflos an die Volksvertretung der deutschen Monarchie wenden werden. Öffentlich gibt die ihnen den guten Rat, sich in Zukunft etwas anständiger und gesitteter zu benehmen.

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkte.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß unsere jetzige „Hochkonjunktur“ nicht auf sehr festen Füßen steht. Zu diesem Urteil sind wir aus der Betrachtung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse gekommen. Die Spekulation hat einen Umfang angenommen, der in ersten Krisen die größten Besorgungen aufkommen ließ — ein Umschlag der optimistischen Stimmung, die allenthalben herrscht, könnte die Katastrophe herbeiführen. Infolge der Spekulation, der starken Forderung nach dem Kredit von Banken, verbunden mit einer erhöhten Unternehmungslust, haben die Verhältnisse auf dem Geldmarkt eine durchaus ungünstige Gestaltung angenommen, die sich in einer Geldknappheit äußert, an der vor allem auch die Kleingewerbetreibenden schwer zu leiden haben.

Die

Entwicklung des Arbeitsmarktes

Dot bisher noch ein gewisses Gegengewicht gegen diese Argumente — sie war durchaus günstig und ließ auf eine erhöhte Beschäftigung schließen. Leider nimmt uns die Lage des Arbeitsmarktes im April auch dieses letzte Moment. Während in sonstigen Jahren um diese Jahreszeit ein starker Aufschwung zu verzeichnen ist, müssen wir in diesem Jahre Stillstand, wenn nicht gar Rückgang konstatieren. Als milderndes Moment müssen wir allerdings das Neuangebot vieler junger Arbeitskräfte erwägen, die um Ostern ihre Lehrzeit beendet haben. Ihre Zahl dürfte aber doch nicht so groß sein, daß sie allein für die Lage des Arbeitsmarktes ausschlaggebend ist. Dem widerspricht schon die vorhin ange deutete Entwicklung des Arbeitsmarktes in anderen Jahren. Wir müssen deshalb die Ursache in der Lage der verschiedenen Gewerbe suchen und da finden wir bei einigen Industrien einen bemerkenswerten Rückgang in der Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Metallindustrie, die Leder- und Papierindustrie und nicht zuletzt das durch die Geldknappheit bedrängte Baugewerbe stellen geringere Anforderungen an den Arbeitsmarkt. Wie weit unsere Industrie an derselben Erscheinung beteiligt ist, soll unten erörtert werden. Im April sind bei 727 (729)

Arbeitsnachweisen,

die an das Reichsarbeitsblatt berichtet haben von männlichen Personen insgesamt 392 000 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 211 000 offene Stellen und 219 000 Vermittlungen gegenüberstehen. Die entsprechenden Zahlen im März stellen sich auf 375 000, 258 000 und 215 000. Die Zahl der Arbeitsgesuche hat also beträchtlich zugenommen; die Zahl der offenen und vermittelten Stellen sich aber in keiner der Vermehrung des Angebots entsprechenden Weise erhöht. Noch ungünstiger gestaltet sich die Lage des weiblichen Arbeitsmarktes. Insgesamt sind im April (März) 86 000 (81 000) Gesuche eingelaufen, denen 93 000 (97 000) offene Stellen und 55 000 (55 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Vermehrung des Angebots und verminderte Nachfrage charakterisieren kurz die Entwicklung. Auf 100 offene Stellen kamen bei männlichen Personen 150 Arbeitsgesuche gegen 145 im März und 143 im April des Vorjahres. Wir müssen aus diesen Zahlen auf eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes sowohl gegen den Vormonat und was schlimmer ist, gegen den gleichen Monat des Vorjahres schließen. Noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage für weibliche Arbeitskräfte. Auf 100 offene Stellen kamen im April 92 Arbeitsuchende gegen 84 im Vormonat und gar nur 79 gegen den April des Vorjahres.

Eine der bisher geschilderten analoge Entwicklung weist auch der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie auf. Für männliche Arbeitskräfte kamen auf 100 offene Stellen 112 Arbeitsgesuche, gegen 110 im März und 108 im April des Vorjahres. Wir haben hier zum mindesten einen Stillstand, wenn nicht gar eine kleine Verschlechterung festzustellen. Eine solche ist unzweifelhaft auf dem

weiblichen Arbeitsmarkt eingetreten. Auf 100 offene Stellen kamen im April 95 Arbeitsgesuche gegen 84 im März und 77 im April des Vorjahres.

Bei der oben genannten Anzahl von Arbeitsnachweiser sind insgesamt in unserer Industrie im April (März) 3438 (2978) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 3069 (2713) offene Stellen und 2607 (2129) Vermittlungen gegenüberstehen. Auch daraus ergibt sich, daß das Angebot im stärkerem Verhältnis als die Nachfrage gewachsen ist. So ergibt sich denn ein wenig erfreuliches Bild für die Lage des Arbeitsmarktes überhaupt wie für die der Textilindustrie — ohne pessimistisch zu sein darf man es doch als eine Warnung auffassen, dem Stand unserer Wirtschaft zu sehr zu vertrauen. Wie er sich für die Textilindustrie speziell darstellt, soll im folgenden erörtert werden.

Die Lage hat sich im allgemeinen gegen das letzte Jahr

erheblich verbessert.

In erster Linie ist die Ursache der günstige Ausfall der Baumwollernte, dann die bessere Konjunktur überhaupt. Ein herabgesetztes Bild von der jüngsten Entwicklung geben die Einfuhrzahlen der für die Textilindustrie notwendigen Rohstoffe, welche die vorjährigen weit übertrafen. Im 1. Quartal betrug die Einfuhr

Table with 3 columns: Year (1911, 1912), and a third column for percentage change (Zu- od. Abnahme). Rows include Baumwolle, Wolle, Seide, Jute, Flachs, Hanf, Heide etc.

Die vermehrte Einfuhr hielt auch im April an. Dieselbe betrug an Baumwolle 495 000 dz gegen 347 000 im April vorigen Jahres. Mit Ausnahme von Seide sind die Einfuhrzahlen erheblich gewachsen. Das starke Anschwellen der Baumwolleneinfuhr ist auf den schlechten Ausfall früherer Ernten und den dadurch geschaffenen Mangel zurückzuführen. Der Baumwollpreis war nun einige Monate durch das reiche Ergebnis der letzten Ernte bestimmt, wenn auch die Gerüchte über künstliche Einschränkung des Baumwollensbaues in den vereinigten Staaten nicht ganz ohne Einfluß geblieben sind. Heute wird nun der Ausfall der künftigen Ernte schon stark bei der Preisbildung in Erwägung gezogen. Alle die Machinationen, wie unrichtige Meldungen katastrophaler Ereignisse werden nun wieder wie auch in früheren Jahren von seiten der Spekulation eingesetzt, um die Preise in die Höhe zu treiben oder zum Sinken zu veranlassen — je nachdem es für sie vorteilhaft ist. In letzter Zeit wurden die Baumwollpreise durch verschiedene Meldungen über Regengüsse in den Baumwollgebieten in die Höhe geschraubt; viel dazu haben auch die Ueberschwemmungen im Mississippigebiet beigetragen. Die Preise sind zwar gegen Ende Mai wieder um eine Kleinigkeit zurückgegangen, im ganzen hielten sie sich aber auf einer beachtenswerten Höhe. Wie sie sich entwickelt haben, zeigen folgende Zahlen. Im Durchschnitt kostete der dz in Bremen im April

Table with 6 columns for years 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Row: M. 113,20 102,96 102,92 148,52 151,23 116,96

Der letztere Preis ist im Mai nicht geringer geworden, eher dürfte er noch um 1 oder 2 M. gestiegen sein. Diese Bewegung muß beängstigend wirken, gehen die Preise weiter so in die Höhe, werden wir wieder ähnliche Verhältnisse wie im Vorjahr erhalten. Anzeichen sind bereits vorhanden. Bis jetzt waren die Baumwollspinnereien recht gut beschäftigt. Allerdings rührten ihre Aufträge noch aus früherer Zeit her, wo die Baumwolle so außerordentlich nieder im Preise stand. Die Garnverbraucher halten schon seit zwei Monaten mit ihren Aufträgen zurück, in der Erwartung, daß die Baumwollpreise wieder zurückgingen. Die Spinner sahen bisher dieser Zurückhaltung ruhig zu — die Preise für Garne behaupteten sich. Nunmehr scheinen sie in der letzten Woche hier und da etwas abzubrechen; bereits drohen die Garnverbraucher, die Produktion einzuschränken, wenn die Garnpreise nicht fielen, da es unmöglich sei, die Preise der Webwaren entsprechend festzusetzen. In diesen war das Auslandsgeschäft in der Berichtszeit ruhig, das Inlandsgeschäft hat sich besonders in Herrenkleidstoffen etwas belebt.

Aus der Bogtländischen Sticker- und Weißwarenindustrie wird gemeldet, daß besonders Baumwollartikel in Luft- und Tüllgenre lebhaft gefragt sind.

Preisbestimmungen sind in der Textilindustrie für eine Gattung von Waren sehr schwer von den Interessentverbänden zu treffen. Der Grund liegt in der Verschiedenartigkeit der einzelnen Artikel. Nunmehr ist es dem Verein süddeutscher Baumwollindustrieller gelungen, Einheitspreise bzw. einheitliche Preisberechnungen für Kattun-, Contames- und Renforcés-Webereien festzusetzen. Die näheren Bedingungen etc. sind nicht bekannt — besonders interessant wäre es, zu wissen, ob eine Kontingentierung in irgend einer Art mit dieser Preisregelung verbunden ist. Ohne eine solche schweben alle Preisverabredungen in der Luft.

Der Wollmarkt

ist, wie vor und nach großen Auktionen zu erwarten ist, im ganzen recht ruhig. Der weiße Bedarf ist durch die Berliner und Londoner Wollauktionen, die im Mai stattgefunden haben, bedeckt. Größere Abschlässe sind außerdem wohl kaum vorgekommen. Die Preise aber sind durchaus fest. Auch das Geschäft in Kämmlingen und Wollabfällen ist ohne besondere Belebung. Das gleiche gilt für Kammsüge, in denen zeitweise nur die notwendigsten Bedarfsläufe vorgenommen wurden. Die Spinnereien sind gut beschäftigt, doch gehen auch hier die Aufträge nur spärlich ein. Der Markt in Kammgarnen ist ebenfalls ruhig, während für Streich-

garne mehr Meinung besteht. Die Preise sind durchweg sehr fest. In Cheviotgarnen ist der Markt ebenfalls ruhig. Aus M. Gladbach wird eine für die Jahreszeit verhältnismäßig gute Beschäftigung der Webereien gemeldet. Im allgemeinen dürfte das Inlandsgeschäft besser sein als das Auslandsgeschäft. In der

Stoffhandschuh- und Strumpfwarenindustrie Sachsens

hat in der letzten Zeit eine kleine Besserung stattgefunden. Die Strumpfabrikation ist ja wie schon oft erwähnt in den dünnen feinen Qualitäten teilweise sehr gut beschäftigt. Auch die Preise haben angezogen. Die Nachfrage ist sehr stark, da der Musselinstrumpf auch in der kommenden Saison die Mode beherrschen wird. Das Geschäft ist im wesentlichen Inlandsgeschäft, die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist zwar keineswegs unbedeutend, doch ist sie auch im ersten Quartal dieses Jahres gegen die gleiche Zeit des Vorjahres stark zurückgegangen. Sie betrug aus dem Konsularbezirk Chemnitz in den ersten drei Monaten 1911 811 664 Duzend im Werte von 1 015 115 Dollars in der gleichen Zeit dieses Jahres aber nur 690 807 Duzend im Werte von 815 647 Dollars. Der Rückgang ist also ein sehr beträchtlicher. Bei der zunehmenden Industrialisierung der Vereinigten Staaten ist wohl kaum anzunehmen, daß dieser Markt für die deutsche Industrie jemals wieder so aufnahmefähig wird wie er war. Zu wünschen wäre dies allerdings, denn bei einem Modenumschlag gehen die sächsischen Fabriken schweren Zeiten entgegen, zumal sie zahlreiche neue Maschinen zur Bewältigung der momentan großen Aufträge angeschafft haben. Auch in der Stoffhandschuhindustrie macht sich eine kleine Belebung bemerkbar, ohne daß sie bis jetzt aber auch nur einigermaßen befriedigend beschäftigt wäre.

Flachsgarn- und Leinenindustrie

ist gut beschäftigt, doch wird von den Spinnern teilweise über unlohende Preise geklagt. Bei den teuren Rohstoffpreisen ist das wohl verständlich. Solcher ist heute schon kaum mehr zu haben, in Rußland ist die Handelsaison vorbei. Angebote werden nur in ganz kleinem Umfange noch gemacht. Wer Flachs noch besitzt, sucht ihn zurückzuhalten in der Hoffnung weiterer Preiserhöhungen. Die Ausfuhr Rußlands war in diesem Jahre sehr lebhaft, sie betrug bis Ende April 12 819 000 Rub gegen 11 096 000 im Vorjahre. Die Abhängigkeit der Leinenindustrie im Bezug des Rohstoffes vom Ausland führt immer zu neuen Erörterungen, ob und wie der Flachsbanbau in Deutschland gefördert werden könnte, ohne allerdings bis jetzt einen Erfolg gehabt zu haben.

Die Juteindustrie ist gut beschäftigt, an ihrer günstigen Lage konnten einige kleine Preisschwankungen, die zum Schluß zu einer Ermäßigung der Preise führten, nichts ändern. Die Seidenindustrie ist in einigen Zweigen gut beschäftigt. So die Samtfabriken, die Krawatten- und Schirmstoffindustrie. Im allgemeinen aber wird über durchaus unbefriedigende Preise geklagt.

Aus dem Gesagten ist unschwer zu erkennen, daß die Lage der Textilindustrie keine so günstige mehr ist als noch vor etwa drei Monaten. Manche Momente sind vorhanden, die gefährlich werden können und sie verdienen angehts der gespannten wirtschaftlichen Lage überhaupt erhöhte Beachtung.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten. Sachsen-Thüringen.

Kürzere Arbeitszeit — Keine Lohnerhöhung. Die Färbereiarbeiterschaft, eine der schlecht entlohntesten Kategorien der sächsisch-thüringischen Textilarbeiter, hatte im vergangenen Jahre mehrere Lohnbewegungen und auch Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit zu bestehen. Diese fielen nicht immer zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft aus. Das kann man auch von der Bewegung behaupten, die der sozialdemokratische Textilarbeiterverband im Dezember 1911 abbrechen mußte. Die Forderungen waren folgendes:

Erhöhung der Mindestlöhne für alle männlichen Arbeiter auf 18 M. pro Woche, für alle Arbeiterinnen auf 10,40 M. pro Woche, Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche. (Bis jetzt müssen die Färbereiarbeiter noch 60 Stunden und darüber arbeiten.)

Die Färbereikonvention, in der alle Färbereien zusammengeschlossen sind, bewilligten von diesen Forderungen:

Für alle Arbeiter über 18 Jahre 75 Pfg. pro Woche Lohnzulage, für Arbeiterinnen über 16 Jahre einen Mindestlohn von 10 M. pro Woche. Die Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche lehnte die Färbereikonvention ab, ebenso gingen alle jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahre und Arbeiterinnen unter 16 Jahre bei dieser Bewegung leer aus.

Der Unwille der Arbeiterschaft über den so unbefriedigenden Ausgang der Bewegung machte sich denn auch in einem sehr schwachen Versammlungsbesuche Luft. Außer in Meerane, Glauchau und Greiz, waren in allen anderen Orten nur ca. 10% der Beschäftigten zu den Versammlungen erschienen. In Gera von 2000 Färbereiarbeitern kaum 200. Hier also hat die Arbeiterschaft gezeigt, daß sie mit dem Ausgang der Bewegung nicht einverstanden war.

Die Anforderungen an eine Arbeiterfamilie sind derartige, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, mehr als bisher ihre ganze Kraft auf die Verbesserung der Löhne zu legen. Die Mindestlöhne der Färbereiarbeiter betragen in Gera und Greiz 15,25 M. resp. 14,99 M., in

Meerane und Glauchau 16,80 M. pro Woche. Das da die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters zurückgehen muß, ist selbstverständlich. Es können sich darum die im christlichen Textilarbeiterverband organisierten Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen mit der, vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband eingeleiteten neuen Bewegung nicht einverstanden erklären.

Diese Bewegung soll der Färbereiarbeiterschaft die 58 stündige Arbeitswoche nur unter Fortzahlung des bisherigen Lohnes, bringen. Gewiß! Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist auch ihnen erwünscht, aber gleichzeitig mit ihr eine entsprechende Lohnerhöhung; denn sonst besteht die Gefahr, daß das Ueberstundenwesen mehr als bisher ausgeprägt wird. Ueberhaupt ist die Taktik des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bei dieser Bewegung voll Widersprüche. Wir betonten schon, daß es sich um die Fortsetzung einer im vorigen Jahr abgebrochenen Bewegung handelt. Damals konnte der Minimallohn von 18 M. pro Woche nicht erreicht werden, die 58 stündige Arbeitswoche wurde abgelehnt, die Arbeiter unter 18 Jahren und die Arbeiterinnen unter 16 Jahren gingen leer aus. Allen diesen Tatsachen trugen die Arbeiter in den Dezember-Versammlungen Rechnung, in dem das Angebot der Färbereikonvention nur als Abschlagszahlung angenommen wurde. Damals war auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband resp. dessen Bezirksleiter Bretschneider der Ansicht, daß es die nächste Aufgabe des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sein müsse, eine Lohnerhöhung und die Festsetzung eines Mindestlohnes auch für die Arbeiter unter 18 Jahren zu fordern. Das aber war bereits im Dezember 1911 resp. Januar 1912, also vor den Reichstagswahlen. Und heute, nachdem die Reichstagswahlen vorüber sind, wird in einem solchen Rundschreiben, welches an die Färbereiarbeiterschaft gerichtet ist, erklärt: „Forderungen auf weitere Lohnzulagen dürften jetzt nicht gestellt werden.“

Wäre diese geänderte Taktik dazu berechnet, die 58 stündige Arbeitswoche wirklich zu erreichen, so könnte die Arbeiterschaft diese Aufforderung zur Einstellung höherer Lohnforderungen entschuldigen. Aber auch das scheint in der Tat nicht der Fall zu sein. Denn:

- 1. Soll die Bewegung in einem Ort injiziert werden, in welchem die Arbeiterschaft schon bei der letzten Bewegung gezeigt hat, daß sie mit den Erfolgen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nicht einverstanden ist.
2. Ist die Aufforderung zur Arbeitsniederlegung eine derartige, daß es dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband ein Leichtes ist, diese Bewegung nach einigen Tagen wieder abzubreaken.
3. Versuchen die Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, alles andere eher als ein einheitliches Handeln der Arbeiterschaft zu erreichen.

Deshalb sehen sich die christlichen Färbereiarbeiter veranlaßt, ihre übrigen Arbeitskollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam zu machen, was sie fordern:

- 1. Ein Mindestlohn von 18 M. pro Woche für alle männlichen Arbeiter.
2. Ein Mindestlohn von 12 M. pro Woche für alle Arbeiterinnen.
3. Einführung der 58 stündigen Arbeitswoche.
4. Höchste Einschränkung der Ueberstundenarbeit.

Alle diese Forderungen sind von der christlich organisierten Färbereiarbeiterschaft schon im Frühjahr 1911 erhoben worden. Und mit Recht. Durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne entsprechende Lohnerhöhung kann die Färbereiarbeiterschaft den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht genügen. Ueberstundenarbeit und Nebenbeschäftigung würden die Folgen dieser einseitigen Forderung sein, Folgen, die aber doch nicht dazu beitragen, die Unterernährung der vogtländischen Färbereiarbeiter aufzuhalten. Unser Textilarbeiterverband hat sich zur Aufgabe gemacht, Lohn- und Arbeitsbedingungen der gesamten sächsisch-thüringischen Textilarbeiterschaft so zu regeln, daß von einem menschenwürdigen Dasein gesprochen werden kann. Sorge darum jedes Mitglied für die Erstarkung unseres Verbandes!

Hannover-Linden.

Eine Blamage schlimmster Art bereiteten die in der mechanischen Weberei zu Linden beschäftigten Genossen und Genossinnen ihren eigenen Führern, und das kam so: Seit Jahren war der Wunsch nach dem freien Sonntagnachmittag in der Belegschaft gehegt und auch bei mehreren Bewegungen, zuletzt noch im vorigen Jahre, gefordert worden. Die Direktion erklärte nun im vorigen Jahre, dieser Forderung sympathisch gegenüber zu stehen, sie jedoch noch nicht sofort durchführen zu können. In einer am 3. April d. J. abgehaltenen Betriebsversammlung der Arbeiter stand diese Frage als alleiniger Punkt zur Tagesordnung. Sofort nach dem Bericht des Obmanns sprachen drei Mitglieder des Ausschusses in demselben Sinne wie der Obmann. Dieses erweckte in der Versammlung den Verdacht, daß man es mit einer vorher abgekarteten Sache zu tun habe und nur Ja und Amen gesagt werden solle. Dieser Ansicht wurde in ziemlich scharfer Weise Ausdruck gegeben. Die Sache war so, die Fabrikleitung wollte den freien Samstagnachmittag gewähren, wenn die Arbeiter ihrerseits auf das alte Gewohnheitsrecht, fünf Minuten nach Beginn der Arbeitszeit zu kommen und 10 resp. 15 Minuten vor Beendigung derselben zum Waschen zu gehen, verzichten wollten. Bei Einführung des freien Samstagnachmittags sollte zwar keine Lohnerhöhung für die Akkordarbeiter eintreten, doch sollte den übrigen Arbeitern die frei werdenden Stunden vergütet werden. Aus den Ausführungen der drei Ausschußmitglieder ging nun hervor, daß man sich in der vorhergegangenen Sitzung der Ausschußmitglieder auf dieses Angebot der Firma geeinigt hatte.

Unglücklicherweise hatte sich nun der Geschäftsführer Woytschewski den Arbeiterssekretär Genossen Schrader zum Sekundieren mitgebracht. Dieser warf das ganze Kartenhaus zusammen und empfahl den Leuten, auf ihr altes Recht nicht zu verzichten, sondern die Arbeitszeitverkürzung uneingeschränkt zu fordern. Von der Versammlung wurde in diesem Sinne beschlossenen, und es wurde der erste Mai als Endtermin festgesetzt. Wer nun jedoch glauben würde, daß der Ausschuß diesen Termin innehalten würde, der irrt. Am 3. Mai brachte die Firma einen Anschlag, worin sie mitteilt, daß allen Arbeitern ein dreitägiger Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden solle. Der Direktor fragte, um die Auffassung der Arbeiter über diesen Punkt zu erkunden, den Meister T., welcher die Ansicht vertrat, den Arbeitern sei der freie Samstag nachmittags lieber. Hierauf gab der Direktor seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß den Arbeitern hierüber noch keine Kenntnis geworden sei. Die Angelegenheit sei schon vor 14 Tagen mit dem Ausschuß geregelt worden. Da nun verschiedene Tageszeitungen diese Zugeständnisse veröffentlichten, wuchs die Erregung gegen den Ausschuß ob seines Schweigens immer mehr, bis sich derselbe endlich am 20. Mai bemüht fühlte, die Belegschaft zu informieren. In dieser Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wurde, daß es sich nur um eine Verschiebung der Arbeitszeit handelte. Diese Resolution wurde der Firma unterbreitet. Dieselbe erregte den starken Unwillen des Herrn Direktors, und er zog sofort alle Zugeständnisse zurück mit der Begründung, daß er seinerseits ein Gewohnheitsrecht, aus welchem eine Verschiebung der Arbeitszeit hergeleitet werden könne, nicht anerkenne und er darum alle Zugeständnisse, auch den Urlaub, solange zurückhalte, bis die Arbeitererschaft erkläre, den Standpunkt der Direktion als den ihrigen anzunehmen. Jetzt zeigte sich sofort, daß sich die Geheimnistuerei des Ausschusses schwer rächen würde. Der Ausschuß tat nichts, um die wahre Stimmung unter der Arbeitererschaft zu erkunden. In der oben erwähnten Belegschaftsversammlung waren von etwa 1600 Arbeitern 350 anwesend gewesen. Nun ließ die Direktion selbst im Betriebe eine Kundfrage vornehmen, wie die Arbeitererschaft über die Angelegenheit dachte. Diese zeitigte für den Ausschuß ein geradezu beschämendes Resultat. Die übergroße Mehrheit der Arbeitererschaft zeichnete sich in die Listen der Direktion ein, und damit war die Geschichte im Sinne der Fabrikleitung erledigt.

Es drängt sich hier die Frage auf: Wer ist schuld an diesem blamablen Ausgang dieser Angelegenheit? Die Antwort kann nur lauten: der Arbeiterausschuß. Er hat die Situation vollständig verkannt. Die große Mehrheit der Arbeitererschaft des Betriebes gehört, wenn man den Worten des Geschäftsführers Woytschewski glauben darf, dem „deutschen“ Textilarbeiterverband als Mitglied an. Nun glaubte der Ausschuß, diese Leute so vollständig in der Hand zu haben, daß er sich dieses Maschieren erlauben durfte. Die von der Betriebsleitung vorgenommene Kundfrage, bezw. das Resultat derselben, bedeutet eine vollständige Desavouierung des Arbeiterausschusses. Wird derselbe aus diesen Vorurteilen die Nutzenwendung ziehen, in Zukunft etwas mehr Rücksicht auf die Belegschaft zu nehmen? Wir bezweifeln es. Soweit wir ihn kennen, wird er auch in Zukunft sein Lob in den höchsten Tönen im Lande verkünden lassen, denn der Genosse Woytschewski bildet sich ja immer auf den Ausschuß obiger Firma so sehr viel ein. Na ja, wir lachieren.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen-B. Unser Vorsitzender Leonard Dahmen hat mit dem heutigen Tage sein Amt als Gesundheitsrath niedergelegt. Wir bitten bis auf Weiteres alle Zuschriften und Sendungen an die Adresse unseres zweiten Vorsitzenden Kollege Joseph Jansen, Nachen-B., Heibergstraße Nr. 1 zu richten.

Embsbetten. Am Sonntag, den 16. Juni, veranstalteten das Ortskartell Rheine, die Ortsgruppe Mejum und das Ortskartell Embsbetten einen gemeinsamen Ausflug zum Teufelstein (Witz König).

Antreten dazu für unsere Ortsgruppe nachmittags 2 Uhr beim Wirt H. Saumann. Es wird erwartet, daß sich alle Kollegen und Kolleginnen hieran beteiligen.

Neuwert. Einstimmige Beschlusfassung über Lokalzuschlag. Am 1. Juni waren die Mitglieder der Ortsgruppe durch Lausfelde zur außerordentlichen Generalversammlung eingeladen. Galt es doch, die Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 5 Pfg. zu beraten. Als Referent war Kollege Müller aus Gladbach erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Wiewen, begrüßte die zahlreich Erschienenen und machte die Tagesordnung bekannt. Dann gab der Kassierer, Kollege Kauphanzen, den Kassierbericht vom ersten Quartal. Die anwesenden Revisoren erklärten, Kasse, Bücher und Belege in Ordnung befanden zu haben. Dann erhielt Kollege Müller das Wort. Er gab zunächst folgenden Situationsbericht. Bei der Firma Heide u. Herz waren die Arbeiter unter Kontraktbruch in den Streik getreten. Der Zentralvorstand hatte die Unterstützung verweigert; deshalb waren 8 Mitglieder zu den Hirsch-Draderischen übergetreten, da die Hirsche 6 Mark Unterstützung gezahlt haben. Müller erklärte, wenn unser Verband in der Deffenlichkeit noch ernst gesonnen werden wollte, so dürfte er keine geschwundene Handlungsweise unterstützen. Die Beschlusfassung war mit der Handlungsweise des Zentralvorstandes voll und ganz einverstanden. Dann berichtete der Referent von der Bewegung resp. Ansperrung in Rheindt, wo am 3. Juni die Arbeit wieder auf der ganzen Linie aufgenommen wurde und für die Arbeiter eine 6-prozentige Lohnerhöhung erreicht wurde. Ferner wurde unserem Verbandsvorstand seitens des Arbeitgeberverbandes versichert, daß in Zukunft von Verband zu Verband verhandelt werden solle. Dann hielt Kollege Müller einen kurzen, aber feurigen Vortrag über die Notwendigkeit der Stärkung unserer Zentralkasse. Er bewies, daß der Zentralkasse unbedingt mehr Geld zugeführt werden müsse, soll dieselbe in Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden können. Nach kurzer, sachlicher Diskussion wurde die Einführung des wöchentlichen Lokalbeitrags von 5 Pfg.

ab 1. Juli einstimmig beschlossen. In einem feurigen Schlusswort dankte Kollege Wiewen für den einmütigen Beschluß, und bat die Anwesenden, in Freundes- und Bekanntenkreisen für die notwendige Aufklärung Sorge zu tragen, dann würde ohne jedwede Mitglieberverluste die beschlossene Einführung vor sich gehen. Die Ortsgruppe Neuwert hat durch diesen Beschluß gezeigt, daß noch echter gewerkschaftlicher Geist in ihren Reihen herrscht.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Gesamtvereinstagung der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Dieselbe wurde vom 29.—30. April in Königsberg abgehalten. Nach den offiziellen Begrüßungen erhielt der Arbeiterssekretär Beer-Siegen das Wort zu seinem Referat: Was kann geschehen, um die evangelische Arbeitervereinsbewegung immer mehr auch in ländliche Kreise hineinzutragen, und welche Forderungen ergeben sich daraus für die Erweiterung unseres Programms? Er legte demselben folgende Thesen zugrunde:

„In richtiger Erkenntnis der drohenden Gefahr und der Bedeutung der Landarbeiter für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, für Kirche und Staat, ist es unsere Pflicht, die Landarbeiter den christlich-nationalen Organisationen zuzuführen. In der Durchführung dieser Aufgaben mitzuarbeiten ist Pflicht aller Gemeindeglieder. Wer diese Pflicht nicht erkennen will oder diese Arbeit zu verhindern sucht, veründigt sich an seiner Kirche und an seinem Volke. Von gewerkschaftlicher Organisation kann bei der Eigenart und Verschiedenheit des Arbeitsverhältnisses auf dem Lande nur dort die Rede sein, wo die Möglichkeit zur Gründung konfessioneller Vereine fehlt. Der Gewerkschaft kann der Streik zur Zeit der Ackerbestellung und der Ernte nicht zugestanden werden. Die Gründung konfessioneller Landarbeitervereine, mit denen gegebenenfalls Dienstbotenvereine und Frauenvereine parallel gehen können, ist energisch zu betreiben. Unter Mitwirkung der Gemeinden und Behörden haben die Landarbeitervereine zunächst an der Lösung folgender Sonderaufgaben zu arbeiten: Gründung von paritätischen Arbeitsnachweisen; Bildung von Arbeitsausschüssen zur Ueberwachung der Arbeitsnachweise und Schlichtung aller aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebender Streitfragen; nachrücklich für die Gründung von Baugenossenschaften einzutreten; Spar- und Darlehnskassen ins Leben rufen; zur Erreichung einer höheren Bildungsstufe des ganzen Standes unermüdet auf die allgemeine Durchführung des Fortbildungsschulunterrichts hinzuwirken; Reformen der Gemeindeordnung; die Durchführung der allgemeinen religiösen, nationalen und sozialen Aufgaben der evangelischen Arbeitervereine zu betreiben.“

Nach ausgiebiger Debatte wurde der einmütige Beschluß gefaßt, nach den in den Thesen festgelegten Richtlinien energisch an der praktischen Durchführung der Landarbeiterfrage zu gehen.

Nachmittags fanden verschiedene andere Sitzungen in dem nahen Offeebade Granz statt.

Die Donnerstagsverhandlungen wurden eingeleitet durch ein Referat des Arbeiterssekretärs Liegert-Zwidau über „Arbeiterurlaub“. Sie führten zu der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands stellt sich nach Anhörung eines Vortrags über das Thema „Arbeiterurlaub“ grundsätzlich auf den Standpunkt, daß die freiwillige Gewährung von Urlaub an alle gewerblichen Arbeiter im Interesse des Gesundheitszustandes der werktätigen Bevölkerung Deutschlands durchaus wünschenswert ist.“

Hierauf erstattete der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Herr Farrer Lic. D. Weber, den Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuhellen:

„Der Gesamtverband ist um weit über 10000 Mitglieder im vergangenen Jahr gewachsen; er umfaßt in 18 Verbänden 852 Vereine mit 123721 Mitgliedern. Ueberall betätigten sich die evangelischen Arbeitervereine bei den Reichstagswahlen in nationalem Sinne; Anträge für die nationalen Parteien wurden unterzeichnet und mit Erfolg können die Vereine im Westen sagen, daß in den Wahlkreisen des Ruhrindustrialgebietes die politisch und wirtschaftlich wohlgeschulten christlich-nationalen Arbeiter zwei Sozialdemokraten aus dem Reichstag geworfen haben, Bochum-Gelsenkirchen und Mülheim-Duisburg. Auch die Arbeiterinnenvereinsbewegung hat gute Fortschritte aufzuweisen, sie zählt 33 Vereine mit 3000 Mitgliedern. Zur Auszubildeten- und Schulung der Mitglieder wurden soziale Ausbildungskurse veranstaltet. Ein neues Aufgabengebiet erwacht der Bewegung durch die Organisation der Landarbeiter. Hunderttausende von Flugblättern und Broschüren wurden verbreitet. Mit Genugthuung begrüßt der Bericht das Zustandekommen der Reichsversicherungs-Ordnung. Der Bohnungsforderung wurde allseitige Aufmerksamkeit zugewendet durch Gründung von Baugenossenschaften. Der Gesamtverband richtete an den Deutschen Reichstag eine Petition betreffend Durchführung eines Arbeitskammergesetzes; leider gelangte diese wegen des Sessionschlusses nicht mehr zur Beratung. Die Zahl der Arbeiterssekretariate ist bedeutend gestiegen, so hat z. B. der rheinisch-westfälische Verband 10 und der mittelhessische Verband zusammen 11 Sekretariate. Der Bericht schließt mit dem Wunsch, daß die evangelischen Arbeitervereine in der mehr und mehr eine wirkliche Arbeiterbewegung auf christlich-nationaler evangelisch-protestantischer Grundlage werden.“

Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich mit internen Angelegenheiten. Es spricht aus all diesen Verhandlungen eine große Arbeitsfreudigkeit, beruhend in den guten Fortschritten des vergangenen Jahres und gipfelnd in der Hoffnung auf weitere große Fortschritte im neuen Berichtsjahr.

Besondere Freude erweckte in der Verhandlung das Eintreffen eines kaiserlichen Antworttelegramms mit dem Wortlaut: „Herrn Farrer D. Weber, Deutsche Ressource, Königsberg. Seine Majestät der Kaiser und Königin haben allerhöchste sich über den irenen Gruß der dort versammelten Vertreter des Gesamtverbandes deutscher evangelischer Arbeiter gefreut und lassen bestens danken. Der Geheimne Kabinettsrat von Bakunin.“

An die Tagung schloß sich ein Ausflug der Teilnehmer in die landschaftlich schöne Umgegend Königsbergs an, der große Freude bereitete.

Versammlungskalender.

- Nachen-Burtscheid. 18. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Scheidtweiler, Kapellenstr. 33, Generalversammlung.
- Amern St. Georg. 16. Juni, 11 Uhr, bei Ww. Bernhard Klagen.
- Borghorst. 16. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Franz Dwersteg, Vertrauensmänner- und Agitationskommissionsversammlung.
- Brand. 23. Juni, gleich nach dem Hochamt, bei Joseph Bongenberg.
- Bramsche. 16. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Wiltz, vor dem Berge.
- Cottbus. 15. Juni, im evangel. Vereinshaufe, Spreestr. 12, Generalversammlung.
- Epe. 17. Juni, 4 Uhr, bei Made, Generalversammlung.
- Elsfeld. 15. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn.
- M.-Gladbach-Eifen. 15. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Oswald Schaefer.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Düsseldorf sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, die gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen kann. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf und Angaben über die bisherige gewerkschaftliche Betätigung sowie einem kurzen Aufsatze über die Aufgaben eines Kartellbeamten sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen bis zum 30. Juni cr. an den Vorsitzenden des Kartells, Herrn Gustav Reuter, Düsseldorf, Luisenstr. 33, einzusenden.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Jacob Fett in Eupen.
 - Egidius Borghoff in Kaldenkirchen.
 - Kaspar Siemons in Aachen.
 - Luise Bergmann in Jöllenbeck.
 - Johann Forster in Herxheim.
 - Hubert Fassbender in Neersen.
 - Jakob Marsch in Murg.
 - Joseph Albertz in Hardt.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Gnauck Kühne, Frau Elisabeth, Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich. Leitfaden der Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde im sozialgeschichtlichen Aufbau für höhere Schulen, Kurse und zum Selbstunterricht. Neunte bis vierzehnte, stark vermehrte Auflage. gr. 8° (171) M.-Gladbach 1912, Volkswirtschafts-Verlag GmbH. Geb. M. 1.20.

Inhalt: Einleitung. Die geschlossene Eigenwirtschaft. Die Stadtwirtschaft. Die Volkswirtschaft. Die Entstehung der sozialen Fragen. Arbeiterfrage und Sozialismus. Die Sozialreform. Selbsthilfe durch Organisation. Die Agrarfrage. Mittelstandsfragen. Die Frauenfrage. Die Versicherungsfrage. Die Wohlfahrtspflege. Das Deutsche Reich. Tabelle zur deutschen Sozialgeschichte. Literatur und Register. (Der in die Darstellung eingegliederte rein bürgerkundliche Stoff ist zur gesonderten Behandlung leicht herauszuheben.)

Der besondere Vorzug des Buches vor andern Unterrichtsbüchern zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre und die Bürgerkunde ist die so geschickt vollzogene Vereinigung der beiden Materien auf geschichtlicher Grundlage. Wer die Vorliebe der Jugend für abwechslungsreiche Schilderung kennt, wird der Verfasser uneingeschränktes Lob dafür zuerkennen. Die volkswirtschaftliche und die staatliche Entwicklung in ihren geschichtlichen Zusammenhängen ergeben so lebendige und farbenreiche Bilder, daß das Interesse der Jugend in besonders eindringlicher Weise erregt und festgehalten wird. In der neuen Auflage hat das Buch dann in seinem bürgerkundlichen Teil vollständige Ergänzung erfahren und wird nun mit der äußerst zweckmäßigen Gestaltung des Inhaltsreichtums noch mehr als bisher das vorzüglichste Unterrichtswerk seiner Art für Schulen, Kurse usw. sein.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Die päpstliche Kundgebung und die christlichen Gewerkschaften. — Bekanntmachung. — Wahlreglement und Wahlbezirke. — Ein Miesentampf der Textilarbeiter in Bielitz-Biala (Oesterreich). — Allgemeine Kundschau: Der Kreisgang des Verbandes „Sitz Berlin“. — Ein neues Licht. — Zum roten Parteistreit in Württemberg. — Sozialdemokratische Arbeitsmonopole. — Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. — Im Kampfe um sein Recht in der Tarifgemeinschaft. — „Sawohl, wir wollen die Industrie schädigen.“ — Die Brüchigkeit des sozialdemokratischen Parteiprogramms. — Ein sozialdemokratischer Polizeipräsident gegen Streikausbreitungen der Genossen. — Aus unserer Zunft: Kundschau auf dem Textilmärkte. — Aus dem Verhandlungsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Sachsen-Thüringen. — Hannover-Linden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Nachen-Burtscheid. — Embsbetten. — Neuwert. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Gesamtvereinstagung der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. — Versammlungskalender. — Gewerkschaftssekretär gesucht. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.